

**Aus dem Gerichtsmedizinischen Institut
der Universität Düsseldorf**

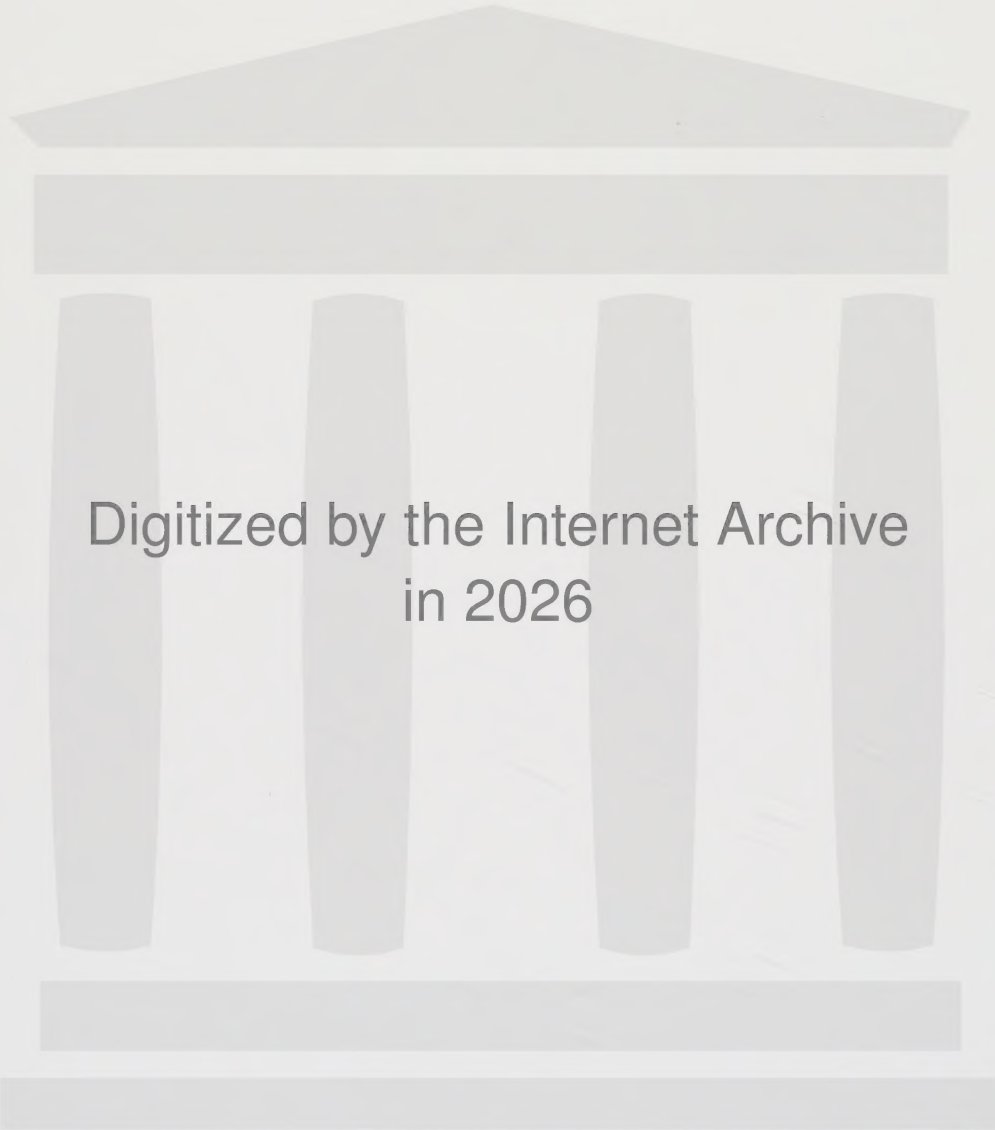
Die alleinstehenden Mütter

**Eine Untersuchung in der mittleren
Industriestadt Delmenhorst**

**Dissertation
zur Erlangung der medizinischen Doktorwürde
der Medizinischen Fakultät
der Universität Düsseldorf**

**vorgelegt von
HENNY STEEN
aus Delmenhorst**

Düsseldorf 1977



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548220_0044

Aus dem Gerichtsmedizinischen Institut
der Universität Düsseldorf

Die alleinstehenden Mütter
Eine Untersuchung in der mittleren Industriestadt
Delmenhorst

Dissertation
zur Erlangung der medizinischen Doktorwürde der
Medizinischen Fakultät der Universität Düsseldorf

vorgelegt
von

Henny S t e e n
aus Delmenhorst

Düsseldorf 1977

Gedruckt mit Genehmigung der Universität Düsseldorf
vom 11. Mai 1977

Dekan: Professor Dr. Schadewaldt
Referent: Professor Dr. Trube-Becker
Koreferent: Professor Dr. Hoppe



I N H A L T S Ü B E R S I C H T

V O R W O R T

ERSTES KAPITEL : DAS THEMA " ALLEINSTEHENDE
MÜTTER " ALS PROBLEM

Seite 4

- 1.1. Der statistische Befund 5
- 1.2. Die Darstellung des Problems
in der Literatur 9
- 1.3. Die Spiegelung des Problems in
Regierungs- und Parteiprogrammen 10

ZWEITES KAPITEL : DIE GEWINNUNG DES
UNTERSUCHUNGSMATERIALS

13

- 2.1.1. Personenstand 13
- 2.1.2. Konfessionszugehörigkeit 15
- 2.1.3. Anteil der Flüchtlinge 15
- 2.1.4. Erziehungsumwelt 16
- 2.1.5. Bildungsstand 16
- 2.1.6. Berufssituation 18
- 2.2. Befragungsanlässe 20
- 2.3. Der Befragungsort 22
- 2.3.1. Von der Ackerbürgerstadt
zur Industriestadt 22
- 2.3.2. Die Zusammensetzung der Bevölkerung
nach ihrer Herkunft 24

DRITTES KAPITEL: BILDUNG, AUSBILDUNG UND
BERUFSSITUATION DER
ALLEINSTEHENDEN MÜTTER

25

- 3.1.1. Die Bildungssituation 25
- 3.1.2. Die Ausgangslage in der
Ausbildungssituation 28
- 3.1.3. Der bildungspolitische Lösungsversuch 29

3.2.	Berufswunsch und Berufswirklichkeit	Seite 32
3.2.1.	Der Berufswunsch im Rahmen der Berufschancen	32
3.2.2.	Die Berufswirklichkeit	36
3.3.	Die soziale und wirtschaftliche Lage der alleinstehenden Mütter	42
3.3.1.	Die soziale Lage in der Ehe	44
3.3.2.	Die wirtschaftliche und soziale Lage der ledigen Mütter	50
3.3.3.	Die wirtschaftliche und soziale Lage der verwitweten alleinstehenden Mütter	52
3.3.4.	Die wirtschaftliche und soziale Lage der geschiedenen Mütter	53
VIERTES KAPITEL: MÖGLICHKEITEN, ANSÄTZE UND FORDERUNGEN ZUR PROBLEMLINDERUNG		61
4.1.	Adoption	61
4.2.	Tagesmütter	63
4.3.	Heime, Wohnunterkünfte, Wohnanlagen und Schulen für alleinstehende Mütter	68
4.4.	Interessenvertretung in der Öffentlichkeit	71
Schlußbemerkungen		74
Quellenverzeichnis		76
Der Fragebogen mit den Auszählungsergebnissen		80
Anhang: Forschungsvorhaben und Untersuchungen zur Situation der Frau		88
Lebenslauf		93

V O R W O R T

In der Bundesrepublik lebten im Jahre 1970 1 129 000 alleinstehende Mütter. Um dieses unverbindliche, abstrakte Ergebnis der Volkszählung von 1970 zu konkretisieren, wurden in einer Region, in der kreisfreien mittleren Industriestadt Delmenhorst 100 alleinstehende Mütter von mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Ärztin am Staatlichen Gesundheitsamt dieser Stadt anlässlich von medizinischen Untersuchungen mit Hilfe eines Fragebogens befragt.

Es handelt sich bei den 100 Interviewten um ca. 4,54 % der geschätzten Zahl von 1 346 alleinstehenden Müttern, die in dieser Stadt leben. Ihre Zahl kann außerhalb der Volkszählung nur geschätzt werden, denn der wesentliche Unterschied zu alleinstehenden Frauen, der darin besteht, daß alleinstehende Mütter Kinder zu versorgen und aufzuziehen haben, wird von den Meldebehörden bei den Gemeinden nicht registriert.

Die Probleme dieser alleinstehenden Mütter sind bisher wissenschaftlich nicht gewürdigt worden, wie ein Blick in die nationale wissenschaftliche Literatur zeigt. Ein solcher Versuch liegt in dieser Arbeit vor. Der besondere Reiz liegt darin, daß sich die Arbeit nur interdisziplinär aus den Blickwinkeln verschiedener Wissensgebiete angehen läßt. So liegt eine medizin-soziologische Untersuchung vor, die jedoch aus Gründen sozioökonomischer Verflechtung der Probleme auch mit Fragen des Rechts, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Pädagogik zu tun hat.

Nicht für die Gesamtheit, wohl aber für die alleinstehenden Mütter dieses begrenzten Untersuchungsfeldes können die Ergebnisse repräsentativ sein. Zusammen mit ähnlichen Untersuchungen in zahlreichen Regionen könnte diese Arbeit mit dazu beitragen, daß die Probleme von weit über einer Million alleinstehender Mütter als nationales Problem begriffen werden könnte.

Die befragten alleinstehenden Mütter haben bis auf eine Ausnahme sehr offen und bereitwillig geantwortet. Das mag teils mit dem besonderen Arzt - Patienten - Verhältnis erklärt werden können, das die Befragung anlässlich voraufgegangener medizinischer Untersuchungen nicht nur zu einem unpersönlichen Interview werden ließ. Teils aber antworteten die Befragten auch aus dem privaten Gefühl der Notwendigkeit einer Aussprache heraus, wobei die Antworten fast als kategorial empfunden wurden, so, als erwarte die Befragte auch soziale Wirkungen von ihren Antworten.

Gerade diese Wirkung möchte ich der Arbeit wünschen und spreche allen Beteiligten am Zustandekommen dieser Befragung meinen Dank aus.

Die Arbeit entstand unter der Leitung von Frau Professor Dr. Trube - Becker , der ich hiermit besonderen Dank ausspreche.

E R S T E S K A P I T E L

1. DAS THEMA " ALLEINSTEHENDE MÜTTER " ALS PROBLEM

1.1. Der statistische Befund

Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es, die besonderen Probleme einer Gruppe von Frauen zu untersuchen, die durch ihre besondere Problematik im Rahmen meiner Tätigkeit als Ärztin an einem öffentlichen Gesundheitsamt immer mehr in mein Blickfeld rückte: Die alleinstehenden Mütter.

Diese Frauen werden statistisch entweder den Ledigen, Witwen oder den Haushaltsvorständen zugerechnet; als eigene Gruppe treten sie nicht in Erscheinung, als Problemfälle jedoch fortwährend.

Exakte Angaben über die Größe dieser Gruppe gibt es zuletzt für das Jahr 1970 aus Anlaß der Volkszählung. Aus den Angaben des Statistischen Jahrbuches (1) läßt sich folgende Größe ermitteln:

Ledige Mütter in der BRD	136 000
Verwitwete Mütter in der BRD	744 000
Geschiedene Mütter in der BRD	249 000

Alleinstehende Mütter insgesamt 1129 000

Eine weitere Differenzierung der Wohnbevölkerung im Hinblick auf alleinstehende Mütter in den Bundesländern, hier Niedersachsen, oder Gemeinden, hier die kreisfreie Stadt Delmenhorst, ist nicht möglich. In den Standesämtern der Gemeinden wird zwar registriert, ob eine Frau verheiratet, verwitwet, geschieden oder ledig ist, nicht aber wird registriert, ob sie in diesem Personenstand zugleich auch Mutter ist. (2)

Um dennoch zu einer Vorstellung von der Größe der Gruppe zu kommen, soll hier der Versuch einer groben Schätzung unternommen werden: Es gab 1970 insgesamt 1 129 000 alleinstehende Mütter (Mütter insgesamt: 10 566 000) Das sind, bezogen auf die Gesamtzahl der Frauen von 24 909 000, etwa 4,53 %

aller Frauen. Obwohl man in den Jahren 1961 bis 1970 in den Gruppen der Ledigen, Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen eine stark rückläufige Tendenz beobachten kann und obwohl man nicht die Einwohnerzahlen von 1975 mit denen von 1970 vergleichen kann, wobei zusätzlich noch die Gesamtzahlen keineswegs auch für Delmenhorst repräsentativ sein müssen, soll in Ermangelung einer anderen Möglichkeit von einer grob geschätzten Zahl von 4,53 % von 29 716 weiblichen Einwohnern der Stadt Delmenhorst als Orientierungszahl ausgegangen werden. Diese Rechnung ergibt eine Zahl von 1 346 alleinstehenden Müttern in der Stadt Delmenhorst. 100 Frauen dieser Gruppe habe ich einen Fragebogen mit den für die Erhellung des Problems wichtigen Fragen vorgelegt.

Aus rechnerischen Gründen wurde die Zahl 100 gewählt, damit die Summen für Anzahl zugleich Prozentzahlen sein können. Die Beschränkung auf 100 Frauen mußte ich mir aus Gründen der Erfassungsschwierigkeiten auferlegen. Ehe jedoch die Auswertungsergebnisse verallgemeinert werden dürfen, müßte die Thematik vielerorts untersucht werden; am wirkungsvollsten könnte das im Rahmen eines Forschungsauftrages auf breiter Ebene mit allen Mitteln der empirischen Sozialforschung geschehen.

Um den statistischen Befund und die Veranschaulichung der Entwicklungstendenzen in einem Zeitraum von etwa einem Jahrzehnt zusammenzufassen, sollen hier noch einmal die Ergebnisse der Volkszählung von 1970 dargestellt werden: (3)

Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren mit Kindern ohne

Altersbegrenzung

In Tausend (1 000)

Zahl der Kinder
in der Familie

Frauen insgesamt
1961

1970

23 332

24 909

Frauen mit Kindern:

1

5 329

4 693

2

3 328

3 513

3

1 304

1 482

4 und mehr

757

878

Mütter insgesamt

10 717

10 566

Kinder insgesamt

19 397

20 305

Ledige Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren mit Kindern
ohne Altersbegrenzung in 1 000

Zahl der Kinder in der Familie	1961	1970
Ledige Frauen insgesamt	4 993	4 593
Ledige Frauen mit Kindern		
1	155	112
2	19	15
3	5	5
4 und mehr	2	-
Ledige <u>Mütter</u> insgesamt	181	136
Kinder insgesamt	215	173

Verheiratete Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren mit
Kindern ohne Altersbegrenzung in 1 000

Zahl der Kinder in der Familie	1961	1970
Verheiratete Frauen insgesamt	13 765	15 151
Verheiratete Frauen mit Kindern:		
1	4 175	3 924
2	2 932	3 273
3	1 182	1 407
4 und mehr	700	835
Verheiratete <u>Mütter</u> insgesamt	7 011	7 745
Kinder zusammen	12 549	14 841

Verwitwete Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren mit
Kindern ohne Altersbegrenzung in 1 000

	1961	1970
Verwitwete Frauen insgesamt	3 964	4 465
Zahl der Kinder in der Familie		
1	821	512
2	305	156
3	96	48
4 und mehr	43	28
verwitwete <u>Mütter</u> insgesamt	1 264	744
Kinder insgesamt	1 913	1 099

Geschiedene Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren mit
Kindern ohne Altersbegrenzung in 1 000

	1961	1970
Geschiedene Frauen insgesamt:	610	700
Zahl der Kinder in der Familie:		
1	177	146
2	72	69
3	22	22
4 und mehr	10	12
Geschiedene Mütter insgesamt	281	249
Kinder insgesamt	432	408

1.2. Die Darstellung des Problems in der Literatur

Das Problem ist in der bis jetzt katalogisierten und damit erreichbaren Literatur noch nicht bearbeitet worden. Wohl finden sich Arbeiten über alleinstehende Frauen, auch benachbarte Einzelprobleme, z. B. über die wirtschaftliche Stellung geschiedener Frauen (4), aber Arbeiten über alleinstehende Mütter waren nicht auffindbar.

Auch im " Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft " (5) vom September 1966 wird der Sonderprobleme der alleinstehenden Mütter nur am Rande gedacht. Dieser und ein weiterer der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau vom 1.8. 72 (6) läßt in seinem Anhang über Forschungsvorhaben und Untersuchungen zur Situation der Frauen ein breites Spektrum von allgemeinen und speziellen Problemen der Frau untersuchen, eine kritische Durchsicht zeigt aber, daß das hier anstehende Thema unbearbeitet geblieben ist. Um einen Eindruck von der Weite des Problemfeldes zu vermitteln, sollen die Forschungsvorhaben und Untersuchungen zur Situation der Frauen gesondert im Anhang erscheinen. Für die Herstellung von vergleichenden Beziehungen zwischen der Situation der Frauen allgemein und der der alleinstehenden Mütter im Besonderen, verdanken wir besonders dem statistischen Material dieser Veröffentlichungen wertvolle Anregungen auch für diese Untersuchung.

Nur am Rande erwähnt wird die alleinstehende Mutter in einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie, Allensbach, in der Untersuchung " Zur Lebenssituation alleinstehender Frauen ", herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1970 .

Diese magere Ausbeute in der Literatur und in den laufenden Forschungsvorhaben und Untersuchungen mag als Aufforderung an die Bundesministerien " Arbeit und Sozialordnung " und " Jugend, Familie und Gesundheit " aufgefaßt werden, mit Dringlichkeit die Probleme der alleinstehenden Mütter zu einem Forschungsvorhaben zu machen.

1.3. Die Spiegelung des Problems in Regierungs- und Parteiprogrammen

Gemäß der Regierungserklärung vom 28.10. 1969, in der sich die Bundesregierung verpflichtete, "den Frauen noch mehr als bisher zu helfen, ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen" (7) wurde eine Regierungserklärung über die Situation der Frau angekündigt, die am 1.8.1972 als "Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau" erschien. In der Einleitung zu dieser Drucksache, die zeitlich an die Frauenenquete von 1966 anschließt, vertritt die Bundesregierung folgende Auffassung:

"In den letzten Jahrzehnten, vor allem aber seit 1949 ist festzustellen, daß sich die rechtliche Situation der Frau ganz erheblich verbessert hat, wenn man den Grundsatz der Gleichberechtigung dabei als Maßstab nimmt. Es stehen nur noch wenige, allerdings notwendige rechtliche Reformentscheidungen aus, und danach wäre eine völlige rechtliche Gleichstellung der Frauen vollzogen. Wenn heute dennoch immer wieder in unserer Gesellschaft gefordert wird, Frauen endlich Gleichberechtigung und Chancengleichheit einzuräumen, so liegt das weniger an einer rechtlichen Diskriminierung der Frau, sondern vielmehr an den Vorurteilen in der Gesellschaft."(9)

Die Bundestagsdrucksache VI/3689 stellt die Probleme der Frau in Staat und Gesellschaft umfassend dar. Sie schildert jeweils die Ausgangslage in den verschiedenen Bereichen, z.B. in Ehe und Familie, nennt dann die Zielsetzungen reformerischen Bemühens und nennt dann die gegebenenfalls verwirklichten oder in der Bearbeitung befindlichen Zielsetzungen. Da aber die Situation der Frau generell gesehen wird, werden hier die wichtigen Feststellungen allgemein Art jeweils bei der Abhandlung der Sonderprobleme der alleinstehenden Mütter vergleichend herangezogen.

In einem Abschnitt über die rechtliche Stellung des Kindes und seiner Mutter wird der allgemeine Aspekt jedoch im Hinblick auf die für unser Thema relevante Gruppe aufgegeben.

"Lage und rechtliche Stellung alleinstehender Mütter und ihrer Kinder aber auch der Kinder aus gestörten oder unvollständigen Familien ist vielfach noch unbefriedigend. Der in Artikel 6 Abs. 4 und 5 und Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes enthaltenen Gewährleistung gleicher Lebensbedingungen und gleiche Rechte, wie sie den Kindern aus intakten Familien zuteil werden, wird den anderen noch teilweise vorenthalten. Vielfach leben diese Frauen und ihre Kinder infolge schwieriger sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse am Rande der Gesellschaft. Die Lage wird zusätzlich durch rechtliche Regelungen verschärft, die die Mütter diskriminieren und die Eingliederung der Kinder in die Gesellschaft behindern." (10)

Die Bundesregierung kann bei dieser Gruppe nicht auf verwirklichte Ziele hinweisen, sie beschränkt sich auf Zielsetzungen, die im 4. Kapitel dieser Arbeit berührt werden.

Ein Blick in neueste politische Veröffentlichungen läßt keinen neuen Ansatz erkennen, betont aber die Familienpolitik in dominanter Weise, ohne Randgruppenprobleme (aus welchen Gründen?) zu unterschlagen. So fordert ein "Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm" der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands (11) eine vorrangige Förderung des Ansehens und der Wirkungsmöglichkeiten der Familie. fordert daneben dann aber doch auch den Wohnungsbau für alleinstehende Mütter sowie die Einrichtung von Mutter-und-Kind-Heimen. Weniger neutral und ohne die Förderung für alleinstehende Mütter findet sich diese allgemeine Forderung dann in Wahlschriften (12):

" Die Union geht von der intakten Familie aus. Für die CDU gibt es keine Gemeinschaft, die geeigneter wäre Kinder großzuziehen als die Familie. Daher stehen bei der Union die Maßnahmen mit an erster Stelle, die den Familien dienen. Wir gehen in unsere Politik von der intakten Familie aus , nicht von der gescheiterten - wie die SPD. Die Familie ist eine zusammengehörige Gruppe. Mann, Frau und Kinder darf man nicht willkürlich aus Klassenkampfideologie gegeneinander aufhetzen"

Die Dominanz der Familienpolitik wird im "Berliner Program der CDU dann noch pointierter ausgesprochen; die Teilfamilie wird in dieser Schrift nicht mehr erwähnt:

"Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deshalb Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein. Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Leitbild widersprechen, sind abzuändern. Wie der Familie gelten Schutz und Förderung auch den Alleinstehenden, die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind." (13)

Nicht anders ist der Tenor in den "Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU" (14). In diesen "Materialien" wird dann aber auch der Kleinfamilie gedacht. Diese Forderung nach Förderung der Kleinfamilie wird aber den sozialen Diensten zugerechnet, wodurch die Dominanz der Familienpolitik gerade betont wird.

In Verlautbarungen aus dem Lager der Regierungskoalition 1976 (SPD und FDP) wird auf die erreichten und in Vorbereitung befindlichen Reformvorhaben hingewiesen, so auf die neue Kindergeldregelung, das neue Adoptionsrecht, das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge und auf das neue Ehe- und Familienrecht. Diese Gesetze sollen die bisher noch nicht überall verwirklichte Gleichberechtigung der Frauen durchsetzen helfen. Die Sonderprobleme der alleinstehenden Mütter werden nicht ausdrücklich genannt. (16)

In einer weiteren Informationsschrift der Bundesregierung wird nicht nur programmatisch argumentiert, vielmehr werden, wie der Titel sagt, den Frauen praktische Tips in allgemeinverständlicher Form gegeben, an die Adresse der alleinstehenden Mütter gleichermaßen gerichtet. Auch in dieser Schrift wird erkennbar, wieviel notwendige Reformen noch zu verwirklichen sind.

DIE GEWINNUNG DES UNTERSUCHUNGSMATERIALS

2.1.1. Personenstand

Insgesamt wurden im Laufe der Monate Februar bis einschließ-
lich November 1975 einhundert (100) allein-
stehende Mütter befragt. Das Durchschnittsalter aller
befragten Frauen betrug 33 Jahre, wobei die jüngste
befragte Mutter 18 Jahre und die älteste 55 Jahre alt
waren. Der größte Anteil der Befragten entfiel auf
geschiedene Mütter (56 Personen), es folgten ledige
Mütter (16 Personen), verwitwete Mütter (15 Personen),
getrennt lebende Mütter (9 Personen), Mütter, die ein
festes Verhältnis zu einem Mann unterhielten (3 Per-
sonen) und eine Person, die oft wechselnde Verhältnisse
zu verschiedenen Männern angab.

Personenstand	Personenzahl	Durchschnitts- alter	
Geschiedene Mütter	56	34	Jahre
Ledige Mütter	16	27,5	"
Verwitwete Mütter	15	38,5	"
Getrennt lebende Mütter	9	33,4	"
Mütter mit festem Verhältnis	3	30,5	"
Mutter mit wechselnden Verhältnissen	1		
	100	ca. 33	Jahre

Diese 100 Frauen stellen einen prozentualen Anteil von
-,26%der weiblichen Gesamtbevölkerung der Stadt Delmen-
horst dar, die sich per 31.12. 74 insgesamt so darstellte:

weibliche Einwohner am 31.12. 1974	= 37.914
männliche " am 31.12. 1974	= 36.073
Ausländer männl.u.weibl. " "	= 4.087
Einwohner insgesamt :	= 73.987

Deutlich repräsentativer wird dieser Ausschnitt bei Berücksichtigung des Altersaufbaus der Bevölkerung dieser Stadt Delmenhorst unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Bevölkerung mit einem Alter zwischen 16 und 56 Jahren:

Altersaufbau :

	männlich	weiblich
unter 6 Jahre	2.373	2.217
6 - 15 Jahre	6.301	5.981
16 - 45 Jahre	17.409	15.414
46 - 65 Jahre	6.270	8.218
66 Jahre und älter	3.720	6.084
Gesamtzahl	36.073	37.914

Bei Zugrundelegung dieser Zahlen wächst der prozentuale Anteil dieser Gruppe von 100 Frauen auf 0,65 %. Dieser Anteil vervielfacht sich bei Zugrundelegung der geschätzten Zahl von ca. 1.346 alleinstehenden Müttern in der Stadt Delmenhorst auf 7,4 %, womit eine typische Repräsentanz dieser Gruppe erreicht worden ist.

Nicht unmittelbar aussagekräftig für diesen Personenkreis im besonderen, wohl aber erhellend für die Entwicklung der Zahlen im allgemeinen, sollen hier noch die Zahlen der nichtehelichen Geburten in der Stadt Delmenhorst in den letzten 10 Jahren genannt werden:

Nichteheliche Geburten in der Stadt Delmenhorst:

Jahr	männlich	weiblich	insgesamt
1966	15	21	36
1967	28	20	48
1968	18	23	41
1969	19	16	35
1970	26	19	45

Nichteheliche Geburten in der Stadt Delmenhorst:
Fortsetzung:

Jahr	männlich	weiblich	insgesamt
1971	14	18	32
1972	20	23	43
1973	22	19	41
1974	29	16	45
1975	36	31	67

2.1.2. Konfessionszugehörigkeit

Zur Konfession befragt, gaben 55 Frauen an, evangelisch zu sein, 28 Frauen gehörten der katholischen Kirche an, 2 Befragte waren Mitglieder einer Sekte, 5 gehörten sonstigen Konfessionen an und 10 Frauen gehörten keiner Konfession an.

Die Konfessionszugehörigkeit der Gesamtzahl der Einwohner der Stadt Delmenhorst ergibt per 31.12. 1974 folgende Anteile:

Evangelisch	60 %
Katholisch	17,5 %
Sonstige	22,5 %

2.1.3. Anteil der Flüchtlinge

Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamteinwohnerzahl der Stadt Delmenhorst beträgt ca. ein Drittel. Dieser hohe Anteil spiegelt sich bei den Befragungen nicht ganz wider. Von 100 befragten Personen waren 24 während oder nach dem 2. Weltkrieg aus den deutschen Ostgebieten geflohen. Das Durchschnittsalter dieses Personenkreises betrug bei der Flucht oder der Vertreibung 13,2 Jahre.

2. 1. 4.

Um Beziehungen und Zusammenhänge zwischen der primären Sozialisation und der späteren Entwicklung aufzeigen zu können, wurde die Frage nach dem Elternhaus gestellt. Es waren von 100 Befragten

69	bei den Eltern	aufgewachsen
14	bei der Mutter	"
7	bei den Großeltern	"
1	bei der Großmutter	"
3	bei den Pflegeeltern	"
4	in Heimen	"
1	in Fürsorgeeinrichtungen	"
1	andere Angaben	"

Darüber hinaus übernimmt die örtliche Umgebung des heranwachsenden Menschen eine weitere erzieherische Funktion. Von 100 Befragten wuchsen

24	in der Kleinstadt	
13	im Dorfe	
49	in einer Mittelstadt	
14	in der Großstadt	auf.

2.1. 5.

Bildung und sekundäre Sozialisation eines Menschen werden besonders durch die Schule bestimmt. Die Schulbildung bestimmt weithin die Rolle im Rollengefüge einer Gesellschaft. Dieser Zusammenhang rechtfertigt die Frage nach der Schulbildung als einem ausschlaggebenden Zuordnungsfaktor für die sozialen Klassen.

Laut Volkszählung von 1970 sah die Statistik der Wohnbevölkerung Delmenhorst, nach dem höchsten Schulabschluß befragt, so aus:

Wohnbevölkerung nach höchstem Schulabschluß:

	insgesamt	männlich	weiblich
Volkschule	38 156	17 265	20 891
Mittlere Reife, Abitur	4 342	2 075	2 266
Berufsf.-, Fach-, Ing.-Schule	4 095	2 521	1 574
Hochschule	941	611	330

Von den 100 befragten alleinstehenden Müttern besuchten

4	die Sonderschule
23	die Hauptschule, ohne einen Abschluß zu erreichen
45	die Volksschule mit Abschluß
7	die Hauptschule mit Abschluß
4	die Realschule
6	die Oberschule
8	die Handelsschule
3	die Hochschule
100	

Für einen wirkungsvollen Vergleich sollen noch die Anteile der schulpflichtigen Wohnbevölkerung der Stadt Delmenhorst, wie sie im Jahre 1975 auf die vorhandenen Schulen entfielen, genannt werden:

<u>Schulen und Schüler :</u>	insgesamt	15.797	Schüler
davon 16 Grundschulen, 9 Hauptschulen einschließlich 5 Orientierungsstufen und 6 Schulkindergärten:		9.028	"
3 Sonderschulen		444	"
3 Realschulen		1.450	"
2 Gymnasien		1.940	"
Der Rest besuchte Berufs- und Fachschulen			

2.1.6. Die Berufssituation

Der bei den hier Befragten ermittelte Bildungsstand mit dem hohen Anteil von 80 % im Volksschulbereich führt weiter zu der sich daraus ergebenden Frage nach der Berufssituation, die sich so darstellte:

Von 100 Befragten:

19	Ungelernte
27	Angelernte
6	nicht abgeschlossene Lehre
32	abgeschlossene Lehre
4	sonstige Ausbildung nicht abgeschlossen
6	sonstige Ausbildung abgeschlossen
2	in der Ausbildung
1	andere Angaben
100	

Diese Angaben führten zurück auf die Frage nach dem Berufswunsch, der

- 35 mal erfüllt,
- 44 mal nicht erfüllt,
- 10 mal nicht vorhanden war.

Die Gründe für den nicht vorhandenen oder nicht oder zum Teil erfüllten Berufswunsch wurden 13 mal in dem Abbruch der Berufsausbildung durch zu frühe Heirat gesehen. Dagegen hatten 5 Befragte keine Lust zur Berufsausbildung gehabt, 3 brachen die Berufsausbildung wegen Gravidität ab, 17 standen vor der Notwendigkeit, durch ihren Verdienst das Gesamteinkommen der Familie zu verbessern. In 4 Fällen waren die Eltern gegen eine Berufsausbildung ihrer Töchter, 6 Frauen zu, daß sie die Berufsausbildung wegen Lernschwierigkeiten in der Berufsschule abgebrochen hätten. In 10 Fällen wurden andere Angaben gemacht.

Für die im Kapitel 3.2.2. abgehandelte Berufswirklichkeit der alleinstehenden Mütter sollen zur Verdeutlichung der Arbeitsmarktsituation dieser Stadt nachfolgende Übersichten dienen:

1. Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

	insgesamt	männlich	weiblich
Land-u.Forstwirtschaft	423	234	189
Produzierendes Gewerbe	13. 498	10.147	3.351
Handel und Verkehr	5. 568	3.379	2.189
Sonst.wirtsch.Bereiche	7. 700	4.600	3.100
Erwerbstätige insges.	27. 189	18.360	8.829

In Prozentsätzen:

Land-u.Forstwirtschaft	1,6	1,3	2,1
Produzierendes Gewerbe	49,6	55,3	38,0
Handel und Verkehr	20,5	18,4	24,8
Sonst.wirtsch.Bereiche	28,3	25,1	35,1
	100,0 %	100,0%	100,0 %

2. Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf

Anzahl	insgesamt	männlich	weiblich
Selbständige	1.807	1.510	297
mithelfende Familienangeh.	886	102	784
Beamte, Angestellte, einschl. kaufm. und Techn. Lehrlinge	11.726	7.524	4.202
Arbeiter einschl.gewerbl. Lehrlinge	12.770	9.224	3.546
	27.189	18.360	8.829

In Prozentsätzen:

Selbständige	6,6	8,2	3,4
Familienangehörige	3,3	-,6	8,9
Beamte, Angestellte einschl. kaufm.u.techn.Lehrlinge	43,1	41,0	47,6
Arbeiter einschließlich gewerbliche Lehrlinge	47,0	50,2	40,2
	100,0 %	100 %	100 %

2.2. Befragungsanlässe

Im Rahmen der Tätigkeit als Ärztin am Gesundheitsamt ergeben sich vielfältige Berührungspunkte mit alleinstehenden Müttern und ihren Problemen. Bei medizinischen Untersuchungen entstanden erste Kontakte. Sie ließen diesen Personenkreis als Gruppe mit immer wiederkehrenden Problemen erkennen. Besonders wurden Gutachten erforderlich, die die Arbeits- beziehungsweise Arbeitsunfähigkeit oder die Gewährung einer Sozialhilfe aus medizinischer Sicht beurteilen sollten. Die besondere arbeitsrechtliche Stellung der alleinstehenden Mutter und die damit verbundenen Schwierigkeiten kamen in diesem Zusammenhang zutage.

Das Gesundheitsamt mußten auch ledige Mütter mit ihren Kindern aufsuchen, um die Formalitäten der Vaterschaftsfeststellung und die damit verbundene Unterhaltsleistung einzuleiten. Dabei mußten ärztlicherseits Fragen, die das private Leben der Betroffenen berührten, gestellt werden. Die Antworten ließen die spezifischen Nöte der ledigen Mütter erkennen.

Aus Anlaß der schulärztlichen Untersuchungen der Schulanfänger im Beisein der Mütter oder Väter und bei Untersuchungen wegen Verschickung von Kindern oder Mutter - Kind - Kuren wurden vielfache Auskünfte zum anstehenden Thema gegeben.

Nicht gering ist die Gruppe der alleinstehenden Mütter, deren geschiedene Ehemänner in der Alkoholikerfürsorge des Gesundheitsamtes betreut werden. Wegen der Trunksucht war es zur Trennung oder Scheidung gekommen.

In der Sprechstunde für geistig- oder körperlich behinderte Kinder erschien eine bemerkenswert große Anzahl von Müttern, deren Ehe durch die besondere Belastung des Aufziehens behinderter Kinder zerbrochen war. Auffälliger-

weise erschienen niemals alleinstehende Väter behinderter Kinder, deren Frauen aus den gleichen Gründen die Scheidung betrieben hätten. In allen diesen Fällen hatten die Väter die Sorge und die Last des Aufziehens der Kinder widerspruchslös den Müttern überlassen. Dieser Personenkreis ist allerdings nicht groß genug, um diese Behauptung repräsentativ aussagen zu können. Unterschiedliche Erziehungs- und Bildungsprofile mögen zu differierenden Verhaltensweisen führen.

Alle diese alleinstehenden Mütter, die aus Anlaß von medizinischen Untersuchungen, wegen Vaterschaftsgutachten, anläßlich von Beratungen in der Alkoholier- und Behindertenfürsorge das Gesundheitsamt aufsuchen mußten, zeigten eine gleiche oder verwandte Lebensproblematik, die sie als Angehörige einer Gruppe erscheinen ließen.

Auch die Kinder alleinstehender Mütter, die z. B. wegen Schulanfängeruntersuchungen, Kurverschickungen oder Mutter - Kind - Kuren und bei Impfterminen erfaßt wurden, spiegelten die besondere Situation ihrer alleinstehenden Mütter wider.

Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Randstellung der alleinstehenden Mütter hat zu dem Versuch geführt, die Hintergründe für das Absinken in die Randlage mit Hilfe der Befragung transparent zu machen.

2.3. D e r B e f r a g u n g s o r t :

Die Industriestadt Delmenhorst

2.3.1. Von der Ackerbürgerstadt zur Industriestadt

Der stürmischen industriellen Entwicklung in Deutschland nach der Reichsgründung 1871 verdankt auch die Stadt Delmenhorst ihren raschen Aufstieg von einer unbedeutenden Ackerbürgerstadt zur mittleren Industriestadt. Daß dieser Aufstieg in unmittelbarer Nachbarschaft der bedeutenden Hansestadt Bremen möglich war, ist einer Besonderheit der Zollpolitik der deutschen Staaten zu verdanken: Da die Stadt Bremen bis 1888 nicht zum Deutschen Zollverein von 1833 gehörte, das Großherzogtum Oldenburg dem Zollverein aber schon in den 50 er Jahren beigetreten war, floß Bremer Kapital über die Zollgrenze in das benachbarte Delmenhorst, so daß die mit ihm produzierte Ware ohne Zollaufschläge in dem vom Deutschen Zollverein erfaßten Wirtschaftsraum vertrieben werden konnte. (18)

Um 1860 gab es in Delmenhorst lediglich 3 Fabriken mit 30 Arbeitern, 1875 waren in der Delmenhorster Korkindustrie 482 Personen beschäftigt, aber schon in den 80er Jahren waren in und um Delmenhorst 1 000 Menschen in Fabriken und Werkstätten beschäftigt. Aus diesen Anfängen entwickelten sich bis 1970 48 Betriebe mit einer Industriebeschäftigtenzahl von 7 635 (19). Das entspricht einer Industriedichte von 119,9 je 1 000 Einwohner. (20) Die Industriedichte wäre noch größer, wenn nicht Delmenhorsts steigende Einwohnerzahlen hauptsächlich auf Zuziehende aus Bremen zurückzuführen sind, die ihren Arbeitsplatz in Bremen behalten. Der Konjunktureinbruch der letzten Jahre hat die Zahl der Beschäftigten in hiesigen Industriebetrieben allerdings merklich sinken lassen. So waren im letzten Quartal des Jahres 1975 nur noch 5 841 Personen in der Industrie beschäftigt.

Die stetige Entwicklung der Stadt kommt auch in den ständig steigenden Einwohnerzahlen zum Ausdruck:

Entwicklung der Einwohnerzahlen:

1871	=	4. 018	Einwohner
1900	=	16. 669	"
1939	=	26. 129	"
1950	=	57. 330	"
1975	=	73. 967	"

Obwohl die natürliche Bevölkerungsbewegung negativ verläuft, konnte der dadurch bedingte Bevölkerungsverlust neben den aus dem Inland Zuziehenden auch durch die zunehmende Zahl von Gastarbeitern wettgemacht werden, die für den 31.12. 1974 4. 087 betrug. Den größten Anteil stellen dabei die Türken.

Nach der Arbeitsstättenzählung vom 27.5. 1970 betrug die Zahl der Arbeitsstätten zu dem Zeitpunkt 2.211 Betriebe, in denen insgesamt 24 682 Personen beschäftigt waren, darunter waren 9.227 weibliche Personen.

2.3.2. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach ihrer Herkunft

Bis zum Beginn der Industrialisierung in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Delmenhorst eine durchaus niedersächsische Stadt. Mit dem Einzug der Großindustrie änderte sich das Bild wesentlich. Der rasche Bevölkerungsanstieg beruht nicht auf natürlichen Bevölkerungsgewinn, vielmehr lockte die Industrie Arbeitskräfte von auswärts heran. " Von eifrigen Werbern angelockt, strömten die Arbeiter aus allen Teilen Mittel - und Osteuropas zusammen. Sie kamen aus Thüringen, dem Sudetenland, aus Schlesien, Polen, der Ukraine. Sie verließen ihre Heimat, die ihnen keinen Lebensunterhalt mehr bieten konnte und fanden in Delmenhorst Arbeit und Brot. Noch lange haben sie Mundart und Brauchtum erhalten. Es leben in Delmenhorst Menschen einer Wesensart, die sich zum Teil von derjenigen des Umlandes unterscheidet.((?)). Es ist deshalb ganz natürlich, wenn sich in Delmenhorst ein mehr auf die Stadt bezogenes Heimatbewußtsein ausgebildet hat, dem das bäuerliche Kulturgut des Oldenburger Landes teilweise fremd geblieben ist."(22)

Von 1945 (die Flüchtlinge dieses Jahres bereits eingerechnet) bis 1950 stieg Delmenhorsts Einwohnerzahl sprunghaft auf 57.330 . Dieses jähe Anwachsen brachte zum zweiten Male einen Zustrom von fast 16 000 Menschen, unter ihnen dominierten die Schlesier mit 12 000 = 73 % der Vertriebenen. Es folgten die Ostpreußen mit knapp 1 500 (10 %) und die Pommern mit 1. 100 , dazu kamen Westpreußen, Ostbrandenburg, Sudetendeutsche und Auslandsdeutsche. Dieses Drittel der Delmenhorster Bevölkerung mußte in das Sozialgefüge der Stadt integriert werden. So wurde auch dadurch ein Ausbau der bestehenden Industriebetriebe notwendig, was vermehrt die Stärkung des Charakters Delmenhorsts als mittlerer Industriestadt zur Folge hatte.

3.1 BILDUNG, AUSBILDUNG UND BERUFSITUATION DER ALLEINSTEHENDEN MÜTTER

3.1.1. Die Bildungssituation

Der Bildung im Sinne von Erwerb von Berechtigungen für bestimmte berufliche Qualifikationen kommt in einer hochtechnisierten Industriegesellschaft eine immer wichtigere Rolle zu. Mit ihrem Erwerb oder Nichterwerb wird schon in frühen Lebensjahren eine Vorentscheidung über die spätere gesellschaftliche Position gefällt. Im Zuge der Entwicklung von der agrarisch - handwerklich bestimmten Gesellschaft zur Industriegesellschaft veränderte sich die Volksschule alter Prägung zur Hauptschule mit qualifizierten Abschlüssen. Weiterbildende Schulen, die für mittlere und höhere Laufbahnen vorbereiten, wurden immer gefächerter und differenzierter im Lehrstoffangebot. Damit verbunden wurde eine Durchlässigkeit der Schulsysteme und Schultypen erreicht, die nach Möglichkeit auch noch außerhalb der üblichen Übergangszeiten einen späteren Schulwechsel ermöglichen sollte. Das Ziel all dieser Bemühungen war, möglichst alle Begabungsreserven zu mobilisieren und allen Begabungen entsprechende Bildungsangebote zu schaffen.

Das Ergebnis dieses Strukturwandels in der bildungspolitischen Landschaft sah z. B. für die Bundesrepublik lt. Anhang zur Drucksache VI/ 3689 des Deutschen Bundestages von 1970 so aus:

1970 verließen etwas mehr als 713 000 Jungen und Mädchen die allgemeinbildenden Schulen. 21 % der männlichen Schulentlassenen hatten den Realschulabschluß, bei den weiblichen Schulentlassenen waren es 25 % . Aber: nur 10 % der weiblichen hatten gegenüber 13 % der männlichen Schulabgänger das Abitur erreicht.

Der Bericht der Bundesregierung sieht in diesem Zahlenmaterial die Schlechterstellung der Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Konkurrenten bestätigt, obwohl Chancengleichheit besteht. Diese schlechtere Situation der Frauen in der Bildungssituation könnte sich für die Betroffenen in ihren Chancen in Gesellschaft, Ehe und Familie negativ auswirken, so daß dringend Abhilfe als nötig erscheint.

Auffällig an diesem Bericht der Bundesregierung ist, daß der prozentuale Anteil der Volksschulabsolventen nicht besonders erwähnt wird. Immerhin ließe sich dieser Anteil noch aus einer Zurückrechnung erschließen, aber überhaupt nicht erwähnt wird der Anteil, der in meinem Material besonders stark vertreten ist: Die Sonderschüler und die Volksschüler ohne Abschluß.

Das Ergebnis meiner Fragen nach der Bildungssituation sieht so aus:

Von 100 befragten alleinstehenden Müttern
besuchten
4 die Sonderschule
23 die Volksschule ohne Abschluß
45 die Volksschule mit Abschluß
7 die Hauptschule
4 die Realschule
6 das Gymnasium
8 die Handelsschule
<u>3 die Hochschule</u>
100

In der von mir erfaßten Gruppe spiegelt sich also das bundesrepublikanische Ergebnis in der Bildungssituation nicht annähernd wieder. Ins Auge fallend ist der hohe Anteil von solchen weiblichen Schulabgängern, die keine abgeschlossene Volksschul - bzw. Hauptschulbildung nachweisen können. Diese große Gruppe von 23 % , wozu wir die Sonderschüler

mit 4 % noch dazurechnen können, ist also nicht in der Lage, einen Ausbildungsberuf zu erlernen. Mehr als einem Viertel der befragten Frauen ist damit schon in ihrem Lebensplan ein Weg vorgeschrieben, der sozialen Aufstieg un- erreichbar werden läßt.

Lediglich eine einzige Schule in dieser Stadt, die Volkshochschule, bietet die Möglichkeit für den nachträglichen Erwerb der Volksschulreife. Dieses Ziel ist in Zwei - Jahres-Kursen erreichbar, die Unterrichtszeiten liegen an jedem Werktagabend. Aber die Erinnerungen an die entmutigenden Mißerfolgserlebnisse der Schulzeit und die Ermüdung wegen der trotzdem abzuleistenden täglichen Arbeit in einer monotonen Arbeitswelt lassen nur in Ausnahmefällen zu, das mal Versäumte nachzuholen, selbst wenn die Einsicht in die Wünschbarkeit und Notwendigkeit solcher Initiative eingesehen worden sein mag.

Die hier befragten weiblichen Schulabgänger stammt meistens aus Arbeiterfamilien. Während als allgemeines Kennzeichen des Erziehungsstils der Mittelschicht ein Erziehungsverhalten zu beobachten ist, das zur Leistung motiviert und wenn das Halten des gesellschaftlichen Status anstrebt, häufig aber weiteren sozialen Aufstieg intendiert, hatten in diesen Fällen die Eltern aus allgemeiner Resignation und dumpfer Rollenhinnahme den Schulabschluß nicht für dringlich gehalten. Einem Sohn hätten sie es vielleicht noch ermöglicht.

Ausschlaggebend für diese Haltung ist wahrscheinlich das traditionelle weibliche Rollenbild. Dieses sah für die Frau die Berufstätigkeit nur als Zwischentätigkeit bis zur Eheschließung an. Anschließend war die Frau für den großen Rest ihres Lebens als Mutter und Großmutter Hausfrau mit Aufzuchtpflichten für Kinder und Enkel.

Die Vergleichbarkeit des Zahlenmaterials ist gering: gesichertes statistisches Material auf bundesrepublikanischer

Ebene einerseits, lediglich 100 befragte alleinstehende Mütter in einer mittleren Industriestadt andererseits, die zudem nicht einmal nach repräsentativen Gesichtspunkten ausgewählt wurden, lassen trotzdem als Ergebnis den Schluß wohl zu, daß es für einen großen Teil der alleinstehenden Mütter mit der Bildungssituation schlecht bestellt ist.

3.1.2.

Die Ausgangslage in der Ausbildungssituation

Bevor wir noch andere Tendenzen ableiten und den möglichen Gründen für diese Situation nachgehen und bevor wir der Erwerbstätigkeit der alleinstehenden Mütter das Augenmerk zuwenden, soll hier von einem Bereich berichtet werden, der genau zwischen Bildungs- und Berufssituation liegt: der Bereich der Ausbildung.

Der Bericht der Bundesregierung betont den Zusammenhang zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung. So sei der Anteil der Mädchen unter den Lehrlingen von 37 % im Jahre 1969 auf 39 % im Jahre 1970 gestiegen, aber im Verhältnis zu 48 % weiblicher Schulabgänger bleibe der Anteil der Mädchen, die einen anerkannten Ausbildungsberuf erlernen, im Vergleich zu Jungen weit zurück. Dieser Unterschied im Ausbildungsbereich ist vorhanden bei gleichen rechtlichen Möglichkeiten. Die Relation zum Ausbildungsberuf zeige, daß noch immer erheblich mehr Mädchen als Jungen ohne volle Ausbildung eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder sich zumindestens auf bildungsgängige beschränken, die zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluß führen. (23)

Meinem Zahlenmaterial entnehme ich folgende Aussagen:

Ungelernt	19
Angelernt	27
Nicht abgeschlossene Lehre	6
Abgeschlossene Lehre	32
Sonst. Ausbildung nicht abgeschl.	4
Sonst. Ausbildung abgeschlossen	10
In der Ausbildung	2
Andere Angaben	1

Die Vergleichbarkeit mit 42 Befragten, die eine Lehre oder sonstige Ausbildung abgeschlossen hatte. ... sich weithin mit dem Bericht der Bundesregierung. Aber eine andere Relation sollte herausgestellt werden, daß sich nämlich die Zahl derjenigen weiblichen Beschäftigten, die sich in keinem anerkannten Ausbildungsberuf befanden, nämlich

19 Ungelernte
27 Angelernte
6 nicht abgeschlossene Lehre
4 sonstige Ausbildung nicht abgeschlossen
56 insgesamt

als bedeutend größer darstellt, als von den Chancen her (23 Volksschule ohne Abschluß, 4 Sonderschüler) zu erwarten gewesen war. Es wäre verlockend im Sinne des Thomas ... Arbeit, eine frühe Schwangerschaft mit den daraus entstehenden Konsequenzen für dieses Zahlenergebnis verantwortlich zu machen. Aber es sind nur 3 Befragte, die offiziell eine Schwangerschaft als Grund, eine Lehre nicht abgeschlossen zu haben, genannt haben. Nach den Berechnungen, die mit der Allgemeinbildung erworben waren, hatten 27 Schülerinnen keine Möglichkeiten für einen anerkannten Ausbildungsberuf. Nach den obengenannten Zahlen haben aber 46 ! Schülerinnen einen anerkannten Ausbildungsberuf gar nicht erst begonnen. Hier scheint die Feststellung des Berichts der Bundesregierung, daß traditionsbedingte Vorurteile dazu führen, daß die Bedeutung der allgemeinen und insbesondere der beruflichen Bildung sowie der Berufswahl für die Lebensplanung vieler Frauen noch immer unterschätzt wird, ihre Berechtigung zu haben. (24)

3.1.3. Der bildungspolitische Lösungsvorschlag

Aus all den Tendenzen, ^{welche} die Schlechterstellung der Frauen als Tatsache belegten, wurde ein ganzes Bündel von bildungspolitischen Maßnahmen gefordert und eingeleitet, die ermög-

lichen sollten, daß Frauen sich vom traditionellen weiblichen Rollenbild lösen sollten, um "Frei und kritisch ihren Standort und ihre Aufgaben in der Gesellschaft zu wählen" (25) Daneben wurde ein durchlässiges, leistungs- und wandlungsfähiges Gesamtbildungssystem in gemeinsamer Planung von Bund und Ländern gefordert. Die bestehenden Bildungseinrichtungen sollten dann so reformiert werden, daß auch Frauen die Bildungsmöglichkeiten gleichberechtigt nutzen könnten. Eine unklare Zielsetzung fordert dann die Berücksichtigung der spezifischen Situation der Frau. Daneben werden noch Forderungen für die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen im Bildungswesen mit den beamtenrechtlichen Konsequenzen erwogen.

An konkreten Hilfen, die verwirklicht wurden, nennt der Bericht vom 1.8.72 das Berufsbildungsgesetz vom 15.8.69 (26) Für den hier besprochenen Personenkreis ist es sicher bedeutsam, daß dieses Gesetzeswerk den stufenweisen Aufbau einer Ausbildung ermöglicht, wobei für die alleinstehende Mutter der Aspekt besonders wichtig ist, daß Frauen eine unterbrochene Ausbildung auch nach längerer Pause wieder weiterführen können. Dieses Gesetz könnte für alleinstehende Mütter ein wichtiges Instrument sein, doch noch einen qualifizierten Ausbildungsberuf anzustreben, wenn nicht die Verantwortung für das Kind auch diese Möglichkeit wieder gering erscheinen läßt.

Auch das Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 26.8. 1971 könnte ein Instrumentarium sein, die Ausgangslage zu revidieren, denn die darin enthaltene Regelung ermöglicht besonders auch getrennt lebenden oder geschiedenen Frauen, in späteren Jahren noch zu einer Berufsausbildung zu gelangen oder eine früher abgebrochene Ausbildung zu Ende zu führen

3.2. BERUFSWUNSCH UND BERUFSWIRKLICHKEIT

3.2.1 Der Berufswunsch im Rahmen der Berufschancen

Die gesetzgeberischen Initiativen auf bildungspolitischem Gebiet mögen einzelnen Frauengruppen zugute kommen und spezifische Benachteiligungen auszugleichen versuchen. Die besondere Problematik der alleinstehenden Mutter scheint aber angesichts des hier vorliegenden Zahlenwerkes Ursachen zu haben, die nicht nur in der Tatsache, daß es sich um alleinstehende Mütter handelt, eine hinreichende Erklärung finden. Allenfalls verschärft dieser Status als alleinstehende Mutter die Folgen, die nach den hier vorliegenden Zahlen mit den mangelhaften Startchancen der Mädchen begründet werden konnten.

Die Tatsache, daß 56 % der Befragten keinen qualifizierten Ausbildungsberuf erlernt haben, obwohl von der Berechtigten her (mindestens abgeschlossene Hauptschulbildung) 75 % der Befragten dazu in der Lage gewesen wären, läßt hier noch einmal die Frage stellen, ob man traditionsbedingte Vorurteile für diese Entwicklung verantwortlich machen kann.

Diese zunächst angenommene Erklärung bleibt aber unbefriedigend, solange man nicht das Entstehungsmodell solcher Vorurteile kennt und zu beschreiben vermag und solange man nicht versucht, solches Denken bestimmten sozialen Schichten zuzuordnen.

Es mag als allgemeines Kennzeichen des Erziehungsstils der Mittelschicht gelten, daß Eltern dieser Schicht besonders den Gesichtspunkt der Selbständigkeit und Selbsttätigkeit, der Lernbereitschaft und der Selbstkontrolle in der Erziehung ihrer Kinder verfolgen. Aus den Lebensbeding-

der Mittelschicht entsteht ein Erziehungsverhalten, das zur Leistung motiviert und wenigstens das Halten der sozialen Stellung anstrebt, häufiger aber weiteren sozialen Aufstieg anstrebt. Von diesem schichtenspezifischen Modell her mag man jedenfalls 56 der Befragten als Angehörige der Unterschicht einordnen dürfen, denn gerade dieser soziale Aufstieg war nicht intendiert, jedenfalls nicht über den Weg der beruflichen Qualifikation.

Es soll versucht werden, über eine Analyse der Berufswünsche, über Erfüllung oder Nichterfüllung der Berufswünsche, einen Zugang zu dem Begriff "Traditionelle Vorurteile" zu erhalten. Der abstrakte Begriff "traditionelle Vorurteile" wird differenzierter und zugleich anschaulicher, wenn man fragt, wieviele von den Befragten einen solchen Berufswunsch gehabt haben und diesen zugleich, trotz widriger Umstände, als Ziel erreicht haben. Die Frage nach dem Berufswunsch kann den sozialen Hintergrund mit dem jeweiligen Aufstiegsstreben transparent machen.

Als erste Auffälligkeit wäre zu nennen, daß in 11 Fällen der Fragebogen erweitert werden mußte um eine Antwort, die bei der Kategorisierung von 3 möglichen Antworten auf die Frage nach dem Berufswunsch nicht eingeplant war: 11 fragte hatten nämlich keinen Berufswunsch gehabt. Die Erklärung mit den traditionellen Vorurteilen ist in vollem Umfange nicht anwendbar, denn 6 von diesen 11 Frauen hatten keinen Volksschulabschluß und damit von Anfang an keine Berufschancen, was immer für Urteile oder Vorurteile am Anfang des Berufsweges dieser Frauen bestanden haben mögen: ihre hoffnungslose Berufssituation war schon vor der Entscheidung über die Berufstätigkeit determiniert.

Weitere 44 Frauen nannten ihren Berufswunsch als ^{nicht}erfüllt, weitere 10 als zum Teil erfüllt, und nur 35 gaben an, daß ihr Berufswunsch erfüllt worden sei.

Berufswunsch nicht gehabt	:	11
nicht erfüllt	:	44
zum Teil erfüllt	:	10
erfüllt	:	35
		100

Von diesen Zahlen aus ist noch keine schichtenspezifisch Einordnung möglich, aber bei einer vertikalen Auswertung der Befragungsergebnisse (Strichliste) ergibt sich doch ein Aspekt in dieser Richtung. Wenn man die Antworten der 23 Frauen mit nicht abgeschlossener Volksschulbildung heranzieht, dann ergibt sich folgendes Ergebnis:

Von 23 Frauen mit nicht abgeschlossener Volksschulbildung wurden

- 13 Frauen der Berufswunsch nicht erfüllt,
- 3 Frauen der Berufswunsch zum Teil erfüllt,
- 6 Frauen waren ohne Berufswunsch und nur
- 1 Berufswunsch war erfüllt.

Wiederum rückt hier die Gruppe in den Blickpunkt, der beruflicher und damit sozialer Aufstieg von Anfang an versagt war, ohne daß traditionelle Vorurteile direkt einen Einfluß hätten ausüben können. Jedenfalls ist zu vermuten, daß der Großteil dieses Personenkreises einer Tätigkeit nachgehen muß, die vom Beruf her, mit nur einer einzigen Ausnahme, keine Lebenserfüllung bringt.

Eine ähnliche Korrelation läßt sich bei dem Verhältnis von Sozialstatus und Zufriedenheit im Beruf (wenn wir hier die Frage nach dem Berufswunsch so deuten dürfen) feststellen.

Von 25 Arbeiterinnen haben

- 3 Personen keinen Berufswunsch,
- 4 Personen einen erfüllten Berufswunsch,
- 15 Personen einen nicht erfüllten Berufswunsch und
- 3 einen zum Teil erfüllten Berufswunsch angegeben.

3.2.2. Die Berufswirklichkeit

Die Verschränkung von realisierten Bildungschancen mit der wahrgenommenen Ausbildung bilden den Bedingungsrahmen für die Arbeitswelt. Das Zahlenwerk sollte zunächst unter dem Blickwinkel einer Hypothese betrachtet werden, daß sich nämlich die Frauen auf bestimmte Berufsbereiche und -positionen konzentrieren. Auf die Frage nach der Tätigkeit zur Zeit der Schwängerung entstand folgendes Antwortenbild:

Selbständige	1
Arbeiterin	25
Hausangestellte	10
ServiererIn	6
Haushalt der Eltern	5
Büro	8
sonstige Angestellte	36
Heimarbeit	0
	91
Arbeitslose	4
Hausfrauen	5
	100

Diese 91 Frauen, zu denen wir die 4 Frauen, die zur Zeit der Schwängerung arbeitslos waren, noch hinzurechnen, denn die Arbeitslosigkeit wird vorübergehend gewesen sein, so daß von einer Erwerbstätigkeit von 95 von Hundert gesprochen werden kann, stellen einen besonders hohen Anteil an weiblichen Erwerbspersonen dar. Die Gesamtzahl der im Jahre 19 arbeitenden Frauen wird mit fast der Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter genannt. (29)

Innerhalb der hier besprochenen Gruppe waren 69 Frauen zur Zeit der Schwängerung ledig gewesen. Die Parallele zum Bundesdurchschnitt ist deutlich, denn dort wurden von den

ledigen Frauen rund 70 % als Erwerbstätige, während den verheirateten Frauen jedoch nur rund 40 % in meiner Aufstellung ein Anteil von 23 verheirateten Frauen beifand, der eine wesentlich höhere Beschäftigtenquote in diesem Personenkreis nachweisen läßt.

In einer hier interessierenden Zusatzbefragung zum Mikrozensus vom April 1966 " über den Verlauf des Erwerbslebens der 40 - bis 65 jährigen Frauen" wurde festgestellt, daß von den befragten Frauen dieser Altersgruppe 36,9 % zur Zeit erwerbstätig, 52,7 % früher einmal erwerbstätig waren und 10,4 % nie erwerbstätig gewesen waren. Von den Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit inzwischen aufgegeben hatten, hatten 47,1 % als Grund " Heirat " und 10,9 % " Niederkunft bzw. Betreuung der Kinder " angegeben. (30)

Wenn diese große Gruppe von 47,1 % also aus familiären Gründen die Erwerbstätigkeit aufgeben kann, weil durch die Heirat der finanzielle Hintergrund gesichert ist, so ist hier genau der Grund, warum eine alleinstehende Mutter aus gleichen Gründen weiterarbeiten muß, oder wegen der Versorgung der Kinder als Hausfrau mit geringem Versorgungseinkommen auskommen muß. Allerdings zeigt sich in der Entwicklung der letzten Jahre, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen zunimmt, eine Ausnahme bilden jüngere Altersgruppen, bedingt durch verlängerte schulische Ausbildung.

Die Analyse der Berufsbereiche, in denen die von mir genannten 91 zur Zeit der Schwangerschaft Berufstätigen beschäftigt waren, zeigt zunächst die nicht ins Gewicht fallende, aber durch die geringe Vertretung auffällige Personenzahl 1, die zu dem Zeitpunkt selbständig war. Es folgt eine Gruppe von 25 Arbeiterinnen, die, wie in vorhergehenden Abschnitten gezeigt wurde, wegen der fehlenden Bildungsvoraussetzungen keine qualifizierten Berufe anstreben konnte.

(Im April 1970 waren 36 % der erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen und fast 40 % Angestellte!) (31)

Dieser Prozentsatz für Angestellte wiederholt sich in unserem Material mit 44 % in etwa, wobei die Gruppe der reinen Büroangestellten dann wieder mit 8 % klein ist im Vergleich zu der unklaren Gruppe " sonstige Angestellte". Der Rest, Serviererinnen 6 mal, im Haushalt der Eltern Tätige 5 mal, Hausangestellte 10 mal, bestätigt die Gesamttendenz der Bundesstatistik.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß zwar die Mehrzahl der Frauen einer Arbeit nachgeht, daß aber das Spektrum der Berufsbereiche gering ist und meist nur untere Berufspositionen dominieren. Diese Tatsache kann teils mit den ungleichen Startchancen in der Bildungssituation, teils mit dem traditionellen Rollenbild von der Berufstätigkeit der Frau als Interimszustand bis zur als selbstverständlichen angestrebten Eheschließung erklärt werden.

Darüber hinaus gelten dann aber für den Teil der Frauen, der nicht aus Not zur Fabrikarbeit gezwungen ist, die sozialen Mechanismen, wie sie in der Literatur beschrieben werden und in dieser Übersicht bestätigt werden: " Mädchen entscheiden sich überwiegend für solche Berufe, die Sozialkontakte ermöglichen (für Verkaufsberufe, für das Friseurhandwerk u. ä., der Arzthelferin, Notarhelferin, Bürogehilfin usw.) und sie wählen solche Berufe, die sich historisch aus der Mutterrolle herleiten lassen (den Beruf der Kindergärtnerin, der Lehrerin, der Ärztin u.ä.). Mit anderen Worten: Frauen versuchen in ihren Berufsrollen " das zu verwirklichen, was nicht allzusehr von der gewohnten weiblichen Rolle des Pflegens und Betreuens abweicht". (32)

Erwartungen und Hoffnungen jedenfalls und nicht nur das "Hineinschlittern" in eine Lebens - Panne lassen die Schwangerschaft als eine Art Lebensneubeginn aus einer unbefriedigenden Arbeitswelt sehen. Der Ehe wegen hat die Mehrzahl der Frauen gar nicht erst eine qualifizierte Berufsbildung angestrebt, der Ehe wegen hat sie monotone Arbeit in niedrigen Berufspositionen ausübt, und, wie mehrfach gezeigt, kann aus so ungeschickten Startverhältnissen heraus eigentlich einzig die Ehe erlösen. Dabei mögen Verhaltensmuster der Elterngeneration eine Rolle spielen, sogar noch in dem Sinne, daß, wenn die Ehe der Eltern gescheitert war, sie im eigenen Leben - oft mit der vagen Formel "Glück" verbunden - gelinge.

So zeigt denn auch tatsächlich die Frage nach der Tätigkeit nach der Schwängerung eine Richtung, die für einen Teil der Frauen in der angedeuteten Intention lag.

Statt 73 arbeiten jetzt nur noch 60 ganztags. Diese Zahl läßt aber auch umgekehrt den Schluß zu, daß, entgegen den Hoffnungen und Erwartungen, immer noch 60 ganztätig arbeiten müssen und nur gut einem Dutzend der Sprung ins "Glück" gelungen ist. Aber die Zahl der Hausfrauen ist sprunghaft von 5 auf 28 gestiegen. Diese Entwicklung steigert sich weiter, allerdings bedingt durch die Lebensumstände, die aus den Frauen oder Mädchen allein stehende Mütter werden ließen, sei es durch nicht erfüllte Heiratswünsche, durch Scheidung von dem Ehepartner oder durch dessen Tod.

Jetzt arbeiten nur noch 48 % ganztags, die Zahl der Hausfrauen ist auf 37 gestiegen. Das Berufsspektrum ist geschrumpft und sieht nun so aus!

Selbständige	1
Arbeiterinnen	13
Hausangestellte	1
Serviererinnen	6
im Haushalt der Eltern	1
Büro	8
sonstige Angestellte	27

Auffällig geschrumpft ist die Zahl der in den untersten Berufspositionen Tätigen: Arbeiterinnen, Hausangestellten, während die Zahl der Angestellten nur unwesentlich zurückgegangen ist.

So hat also diese Gegenüberstellung gezeigt, daß die Frauen auch dieser Untersuchung allgemein von dem " Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft " überhaupt gezeichnet sind, was sich unter anderem darin zeigt, " daß das herrschende Leitbild der Frau in unserer Gesellschaft die Mädchen hindert, eine Weiterbildung als attraktiv anzusehen." (33

Aber diese traditionelle Rollendefinition, nach der den Frauen das Aufstiegsstreben erschwert wird, die Mühen zur Erreichung qualifizierter Berufswege diese selbst gar nicht erst als erstrebenswert erscheinen, bedarf für die Gruppe der hier abgehandelten Problemfälle " Alleinstehend Mütter " eine wesentliche Ergänzung:

Soziale Herkunft, schlechtes psychohygienisches Klima im Elternhaus und dadurch bedingtes Versagen in der Schule lassen für einen großen Teil der Frauen das Erreichen von Lebensglück auf diesem Wege als unmöglich erscheinen. Die Erfahrungen in der Arbeitswelt, das Vermeiden der Bewährung in der Berufskonkurrenz, die finanziellen Verhältnisse in den unteren Einkommensbereichen, die objektiven Gründe neben vielen individuellen Gründen lassen die Ehe als einzige Möglichkeit für diesen Personenkreis anstreben, sozialen Aufstieg zu verwirklichen.

3.3. DIE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE

DER ALLEINSTEHENDEN MÜTTER

Die im ersten Teil dieses Kapitels beschriebene berufliche Ausgangslage ist zum größten Teil die Begründung für die mißliche soziale und wirtschaftliche Lage der Frauen im allgemeinen und insbesondere der alleinstehenden Mütter.

In der Frauenenquete der Bundesregierung von 1966 (34) wurde dem Bundestag ein erster " Bericht über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft " vorgelegt. In diesem als auch in einem weiteren " Bericht des Bundestages über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau " vom 1.8. 1972 wurde auf die Situation der Frau in unserer heutigen Gesellschaft eingegangen, allerdings wurden auch hier die besonderen Nöte der alleinstehenden Mütter außer acht gelassen.

Der Zusammenhang zwischen der sozialen und wirtschaftlichen Lage ist offenkundig und erklärt den hohen Prozentsatz von weiblichen Sozialhilfeempfängern. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes sind 1969 von 759 000 Sozialhilfeempfängern 505 000 Frauen. 1970 gab es 507 000 weibliche Sozialhilfeempfänger und 247 000 männliche Sozialhilfeempfänger. (36) Bei diesen Werten ist neben den Altersrentnerinnen mit unzureichender Altersrente die Zahl der alleinstehenden Mütter als besonders hoch anzusetzen. Detailliertes Zahlenmaterial liegt über diesen Zusammenhang nicht vor.

Nach dem Bericht der Bundesregierung haben aber 36 % der geschiedenen Frauen noch unmündige Kinder, wobei der Anteil bei geschiedenen Frauen unter 45 Jahren mit 62,6 % mit unmündigen Kindern entsprechend höher liegt. Bei verwitweten Frauen haben 17 % unmündige Kinder. Witwen unter 45 Jahren weisen einen Anteil von 76,5 % auf, der unmündige Kinder im Haushalt zu versorgen hat.

Durch diese versorgungsbedürftigen Kinder werden die Frauen an der Aufnahme einer außerhäuslichen Tätigkeit gehindert. So kommt es nach dem Tode des Ehemannes oder nach der Scheidung oft zum starken sozialen Absinken der unvollständigen Familie mit Kindern.

Einer Doppelbelastung von Familie und Beruf sind die alleinstehenden Mütter ohne Hilfen von Familienangehörigen oder öffentlichen Institutionen in den meisten Fällen nicht gewachsen. Hinzu kommt, daß sie während der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit vor der Heirat oft Tätigkeiten mit geringen Verdienstmöglichkeiten ausgeübt haben.

Die Programmierung des heranwachsenden Mädchens auf Ehe und Mutterschaft und die früh geschlossene Ehe haben oft zur mangelhaften Ausbildung und zum Abbruch jeglicher bis dahin ausgeübter Erwerbstätigkeit geführt. Die Wiederaufnahme untergeordneter Arbeit in Fabriken, Gaststätten, Haushalten usw. würde keine wesentliche finanzielle Verbesserung im Vergleich zu den Sätzen der Sozialhilfe bringen, auf die ein rechtlicher Anspruch besteht, die aber im Fall erneuter Erwerbstätigkeit nicht mehr gezahlt werden würden. Neben diesen finanziellen Überlegungen bleibt das Problem der Unterbringung und Versorgung der Kinder während der Arbeitszeit.

Als Beleg für die geringen Arbeitsverdienste, die die Folge der mangelhaften beruflichen Qualifikation dieses Personenkreises sind, sollen hier die Angaben über die Einkommensverhältnisse vor der Schwangerschaft herangezogen werden.

Die Frage nach dem Verdienst beantworteten 43 % der Befragten mit ausreichend, 57 % als nicht ausreichend. Wichtig ist dabei, daß nur 9 mal die Verdienst über 1.000,- DM monatlich lagen und ein hohes Einkommen überhaupt nicht genannt wurde. Die übrigen Einkommen waren in 33 Fällen nicht höher als 500,- DM, in 35 Fällen nicht höher als 750,- DM und in 23 Fällen auch nicht höher als 1.000,- DM monatlich. Obwohl die unteren Einkommensgruppen entsprechend

derobigen Feststellungen dominierten, nämlich 90 % aller Befragten verdiente unter 1.000,- DM monatlich, verfügten doch sämtlichebefragten Frauen über ein eigenes Einkommen; keine wurde von den Eltern, dem Freund oder der Fürsorge unterhalten.

Verdienst vor der Schwängerung :

1 bis 500,- DM	= 33
500,-DM bis 750,- DM	= 34
750,-DM bis 1.000,- DM	= 23
über 1.000,- DM	= 9
hohes Einkommen	= 0
kein eigenes Einkommen	= 0
Fürsorgeempfänger	= 0
vom Freund unterhalten	= 0
<u>von den Eltern versorgt</u>	<u>= 0</u>

3.3.1.

Bei den verheirateten Frauen verbessert sich die finanzielle Situation durch die Ehe. Über den Verdienst des Ehemannes erreichen sie im allgemeinen eine wirtschaftliche und soziale bessere Position und geben ihre Berufstätigkeit auf. Von 100 befragten allein stehenden Müttern fanden nach Eheschließung und Geburt des Kindes zwar nur noch 43 den Verdienst ausreichend, 57 beklagten den nicht ausreichenden Verdienst. In der Aufschlüsselung der Einkommen ergibt sich aber eine Veränderung zugunsten höherer Einkommen als vor der Eheschließung. Es geben jetzt 23 Befragte einen Verdienst von über 1.000,- DM monatlich an (vorher nur 9), die größte Gruppe verzeichnet jetzt ein Einkommen zwischen DM 750,- und 1.000,- DM monatlich, nämlich 41 Frauen (vorher nur 23). Zum ersten Mal werden auch 2 hohe Einkommen genannt; demgegenüber tauchen ein Fürsorgefall und ein Fall ohne eigenes Einkommen auf. Nur 11 mal bleibt der Verdienst

bis 500,- DM bestehen (vorher 33 mal) und 21 mal erscheint eine Angabe über Einkommen bis 750,- DM (vorher 34 mal) . Die folgende Übersicht zeigt die neuen Einkommensverhältnisse in der Ehe, synchron mit der vorhergehenden Übersicht über die Einkommensverhältnisse vor der Ehe, die die Besserstellung in signifikanter Weise zum Ausdruck bringt.

Verdienst vor der Ehe:		Einkommen in der Ehe:
1 - 500,- DM	33	11
500DM bis 750,- DM	35	21
750,-DM bis 1.000,-DM	23	41
über 1.000,- DM	9	23
hohes Einkommen	0	2
kein eigenes Einkommen	0	1
Fürsorge	0	1
Freund	0	0
Eltern sorgen	0	0
	100	100

Eindeutig ist nach diesem Ergebnis die wirtschaftliche Lage nach Heirat und Schwangerschaft , besonders nach Geburt des ersten Kindes, günstiger als vorher, zumal bei den Angaben von Nettoeinkommen, also nach Abzug der monatlichen Raten für Anschaffungen, gesprochen wird.

Bemerkenswert ist bei diesem Ergebnis der Befragung die Streuung des Berufsbildes bei den Ehepartnern. Obwohl von den betreffenden Frauen nach der Eheschließung höhere Einkommen als vor der Ehe angegeben werden, hat sich das Berufsniveau der Ehemänner nicht entsprechend geändert.

Es stellt sich auch jetzt ein großer Anteil un- oder angelernter Arbeiter dar. (24) Weiternin handelt es sich um 22 gelernte Arbeiter, 16 Selbständige, 10 Kraftfahrer, 14 Angestellte, 9 Beamte und 5 Soldaten.

Berufe	der Schwängerer	der gestorbenen od geschiedenen Gatte
ungelernter Arbeiter	10	10
angelernter Arbeiter	14	8
gelernter Arbeiter	22	18
Selbständiger	16	15
Kraftfahrer	10	10
Rentner/Invalide	0	0
arbeitslos	0	0
gehobener Dienst	0	0
Angestellter	14	11
Beamter	9	6
Soldat	5	3
	100	81

Die Berufe der gestorbenen oder geschiedenen Ehemänner sind in der Gesamtzahl der 100 Schwängerer enthalten. Sie ergeben bei der gesonderten Auszählung keine Abweichung vom Gesamtberufsbild der Schwängerer.

Obwohl drei Viertel der Schwängerer Berufe unterer bis mittlerer Einkommenskoassen angehören, ist das Familien- einkommen höher als das der Unverheirateten gewesen war. Neben Steuervorteilen, Zuschlägen für Kinder und Wohnung und günstigen Finanzierungsmitteln für etwaigen Hausbau ist ein weiterer Grund wohl auch in der höheren Vergütung für Männerarbeit und in den Lohnabständen der einzelnen Leistungsgruppen zu sehen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der Lohnabstand dei den männlichen und weiblichen Arbeitern im Jahre 1970 ca. eine DM pro Stunde. Die Frauen ver-

dienten zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich 4,37 DM brutto, die Männer 5,59 DM brutto pro ... gleichen Lohngruppe. Auch bei den ... holt sich ein Gehaltsabstand zwischen Männern und Frauen. Männliche kaufmännische Angestellte verdienten 1970 in einfacher Tätigkeit durchschnittlich 932,- DM monatlich, weibliche Angestellte der gleichen Leistungsgruppe aber nur 708,-DM monatlich. (37)

Diese unterschiedlichen Verdienste wirken sich natürlich auch auf die Höhe der ggfs. in Anspruch zu nehmenden Arbeitslosenunterstützung und auf die Höhe der Altersrente aus. So betrug das Altersruhegeld bei einer Versicherungszeit zwischen 40 und 45 Jahren am 1.7. 1975 in der Arbeiterrentenversicherung für Männer 934,50 DM, für Frauen 611,50 DM , in der Angestelltenversicherung für Männer 1.389,20 DM, für Frauen 941,40 DM. (38)

Bei den Arbeitern spielt bei der unterschiedlichen Entlohnung die Tatsache eine Rolle, daß körperliche Kraft erfordernde Arbeiten tariflich höher bewertet werden als solche, die Geschicklichkeit erfordern und hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden. Die Gewerkschaften setzen sich in erster Linie für die Interessen der Männer ein und versuchen, deren Lohnforderungen durchzusetzen. Die Männer bilden zahlenmäßig den weitaus größeren Anteil der gewerkschaftlich Organisierten. Nur ein Sechstel der Mitglieder waren 1970 Frauen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen mehr als ein Drittel beträg. (39)

Das einschneidende Ereignis im Leben der jetzt allein-stehenden Mütter ist die erste Schwangerschaft, die bei den meisten der Befragten zur Heirat des Schwängere^s führt. In 54 von 100 Fällen war die Gravidität Anlaß zur Heirat, während dieser Zusammenhang von 28 der Befragten verneint wird. Die übrigen 18 Frauen haben nicht geheiratet. Dabei haben 57 Frauen der 82 Verheirateten den Schwängerer ge-heiratet. Das Alter bei der Heirat bewegt sich zwischen 17 und 29 Jahren. Die Heirat bei den über 25 jährigen Frauen war durchschnittlich nicht durch die Gravidität bestimmt. Die sogenannten " Mußehen ." wurden von Frauen ein-gegangen, die so jung waren, daß noch keine abgeschlossene Berufsausbildung erreicht sein konnte.

Das Durchschnittsalter bei der ersten Schwängerung liegt bei den hier Befragten bei 21,5 Jahren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Zahl auch das Alter der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder beendetem Studium und das Alter der Ledigen, die sich oft erst relativ spät, mit 29 oder 30 Jahren, zu einem Kind entschließen, beinhalte. Die Mehrzahl der Befragten, insbesondere die später Ge-schiedenen, ist bei der ersten Schwängerung zwischen 16 und 18 Jahren alt. In diesem Alter waren die Ehe und die Gründung einer eigenen Familie für sie der einzige erstrebenswerte Ausweg aus ihrer bisherigen häuslichen und beruflichen mißlichen Situation.

Eine Schwangerschaftsverhütung hat kaum stattgefunden. Die Frage nach der Einnahme der " Pille " wird von 80 der 100 Befragten mit unterschiedlicher Begründung verneint.

warum wurde die Pille nicht genommen?

religiöse Gründe	4 mal
nicht aufgeklärt	13 mal
Sorge vor Krebs	2 mal
Wunsch nach Kindern	27 mal
lästig	13 mal
andere Angaben(u.a.Preis	18 mal

Die Frage nach dem Mehrverkehr wi... , wobei wohl bei der Beantwortung dieser Frage eine gewisse Scheu vorgelegen haben mag.

Geht man aber von der wahrheitsgemäßen Beantwortung dieser Frage aus, addiert die hohe Zahl derjenigen, die keine Maßnahmen der Schwangerschaftsverhütung getroffen haben und vergleicht damit das jugendliche Alter bei der ersten Schwängerung und Heirat, so muß man resümieren:

Aus der Erziehungswirklichkeit wurde die Rolle als Ehefrau und Mutter intendiert. Aus der Wirklichkeit des Erwerbslebens heraus wurde dieses Rollenziel nun auch als eigener Wunsch angenommen und in die Lebensplanung einbezogen. Das war von den gegebenen Voraussetzungen her die einzige Möglichkeit, eine Zukunftsperspektive zu gewinnen. Diese Zukunftsperspektive war inhaltlich gefüllt mit Erwartungen von wirtschaftlicher Besserstellung, neuem Aufgabenbereich, Anerkennung, sozialer Sicherheit, insgesamt genommen von Werten, die dem traditionellen Bild von Ehe und Familie entsprachen. Der inzwischen eingetretene Strukturwandel der Ehe wurde nicht gesehen.

Es kann aus dem vorhandenen Material nicht abgeleitet werden, welche Bedeutung der ebenfalls rollengefüllte Begriff der Liebe als Anlaß zur Ehe gehabt haben mag. In der Rückschau wurde von diesem Phänomen nicht gesprochen, auch nicht in der Weise, daß etwas vorhanden Gewesenes verloren gegangen sei. Möglicherweise wurden aber alle vorhanden gewesenen positiven Inhalte durch die späteren Erlebnisse (Alkoholismus usw.) negativ interpretiert.

Für den Großteil der befragten Personen bedeutete die Ehe die Legitimierung der vorehelichen geschlechtlichen Beziehungen und die Erreichung des einzig möglichen Aufstiegszieles in einer traditionell orientierten Gesellschaft.

3.3.2. Wirtschaftliche und soziale Lage der ledigen Mütter

Das Resumee des vorhergehenden Abschnittes mag zunächst repräsentativ sein für 69 der 100 Befragten, die vor der Heirat ledig waren. Für den Personenkreis, der auch nach der Schwängerung ledig geblieben ist, gelten die gesellschaftlichen Zwänge nicht im gleichen Umfange. Von den 69 Frauen, die vor der ersten Schwangerschaft ledig waren, blieben 17 Befragte auch nach der Schwängerung ledig. Das erkennbar höhere Alter dieser Frauen bei der ersten Schwangerschaft läßt andere Beweggründe ahnen, die hier als Antwort im Fragebogen nicht festgehalten wurden, die aber aus den persönlichen Gesprächen folgende Tendenzen erkennen ließen:

Es sind in den meisten Fällen beruflich gesicherte Frauen, die der Ehe als zusätzlicher finanzieller Sicherung nicht unbedingt bedürfen. Aus dieser Position heraus kann der Wunsch nach einem Kind erfüllt werden, auch wenn der Partner bereits verheiratet ist oder dieser ihren Ansprüchen für eine lebenslange Bindung nicht entspricht. In wenigen Fällen blieben befragte Frauen in sehr jungen Jahren ledig (16; 17 Jahre). Die Gründe dafür liegen entweder in der gesellschaftlichen Stigmatisierung (Bardame, Schülerin) der Betroffenen oder in einer abgelehnten Vaterschaft, meistens wegen eines von den Männern erhobenen Vorwurfs des Mehrverkehrs.

Nach der Schwangerschaft und der Geburt des Kindes bleibt bei den ledigen Müttern das Einkommen, soweit sie die Berufstätigkeit nicht unterbrechen, in etwa erhalten. Allerdings kommen nach der Geburt des Kindes erhebliche finanzielle Mehraufwendungen für Krankenversicherung, Kleidung und Unterbringung des Kindes hinzu. Oft muß die Wohnung gewechselt, in den meisten Fällen auch ein Umzug in eine größere Wohnung vorgenommen werden.

Seit dem Inkrafttreten des "Nichtehelichengesetzes" vom 1.7. 1970 gilt ein nichteheliches Kind als verwandt mit seinem Vater. Solange es minderjährig ist, steht es unter der elterlichen Gewalt der Mutter, wenn sie volljährig ist. Mit dem Zeitpunkt der Geburt wird das Sorgerecht der Pfleger des nichtehelichen Kindes. Die Auflösung der Amtspflegschaft kann die Mutter beantragen, allerdings ist diese dann nicht mehr rückgängig zu machen, die unter Umständen nachteiligen rechtlichen Folgen für das Kind eingeschlossen. Der Pfleger ist verpflichtet, bestimmte Rechte des Kindes durchzusetzen, zum Beispiel die Vaterschaft festzustellen, den Unterhalt festzusetzen und einzuziehen und Erbansprüche durchzusetzen.

Der noch nicht volljährigen Mutter wird ein Vormund zugeordnet, bis sie die Volljährigkeit erreicht hat. Sie hat allerdings schon das volle Sorgerecht für das Kind. (40)

Der wesentliche Nachteil dieses Gesetzes besteht darin, daß die Versorgung des Säuglings und Kleinkindes und die Mutter nicht geregelt worden ist. Die Mutter wird wirtschaftlich nicht in die Lage versetzt, ihr Kind in den ersten wichtigen Lebensjahren aufzuziehen. Die Grundlage dafür ist durch den Unterhaltsanspruch, der nach den jeweiligen Vermögensverhältnissen des Vaters festgesetzt wird, in den meisten Fällen nicht ausreichend gegeben. Von mehreren Müttern wurde berichtet, daß Jugendämter bei Verschweigen des Vaternamens nicht gewillt waren, die Pflegschaft auf Antrag der Mutter aufzuheben. Die wichtige Frage der Einrichtung der Unterhaltsersatzkassen wurde in dem "Nichtehelichengesetz" nicht behandelt. Das Gesetz und seine Anwendung hat mit dazu beigetragen, eine größere Bereitschaft zum Verständnis den ledigen Müttern und ihren Kindern gegenüber zu bewirken.

3.3.3. Die wirtschaftliche und soziale Lage der verwitweten alleinstehenden Mütter

Von den 100 befragten alleinstehenden Müttern waren 15 verwitwet. Bekanntlich erhält die Ehefrau nach Verlust des Ehemannes durch Tod 60 v.H. der Rente, die dem Mann zum Zeitpunkt seines Ablebens zustehen. Wird die Frau, nachdem sie Witwe geworden ist, durch versorgungsbedürftige Kinder an der Ausübung einer eigenen Erwerbstätigkeit gehindert, tritt nach dem Tod des Ehemannes und Vaters in den meisten Fällen ein erheblicher sozialer Abstieg ein. Die akzessorische Rentenversicherung der Ehefrau bewirkt eindeutig eine Benachteiligung zu ihren Lasten bei Eintritt des Bedarfsfalles, besonders für die Witwen mit versorgungsbedürftigen Kindern. 60 v. H. der Vollrente reicht für Witwen mit Kindern zur Bestreitung der täglichen Lebensbedürfnisse in den meisten Fällen nicht aus, so daß sie auf zusätzlichen Verdienst oder Sozialhilfe angewiesen sind. Es ist weiterhin zu bedenken, daß verwitwete Frauen, die im Bundesdurchschnitt 1,92 unmündige Kinder haben, den Ehemann in relativ jungen Jahren verloren haben, das heißt, zu einem Zeitpunkt, da die Höchstreute noch nicht erreicht ist. Insofern verringert sich der anteilige Prozentsatz der Hinterbliebenenrente, der der Familie verbleibt, weiterhin. So kommt zum Schmerz des Verlustes oft die Sorge um die wirtschaftliche Lage hinzu. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 12.3.75 (41) den Gesetzgeber aufgefordert, bis spätestens 1984 die Hinterbliebenenversorgung im Sinne einer Gleichbehandlung von Mann und Frau neu zu gestalten.

Übereinstimmend berichten die Witwen im Gegensatz zu ledigen und geschiedenen Müttern von einem größeren Wohlwollen und von Hilfsbereitschaft ihnen und ihren Kindern gegenüber .

3.3.4. Wirtschaftliche und soziale Lage der geschiedenen Mütter

Es wird hier nicht von den Frauen gesprochen, die es bei den Scheidungen schaffen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, sondern von den Frauen, die die geschiedene Frau mit Kindern zu. Dieser Lebensunterhalt hat laut Bundesstatistik 1970 durchschnittlich 1,2 Kinder zu versorgen. (42) Wie bereits mehrfach erwähnt, ist die wirtschaftliche und soziale Besserstellung durch die erwünschte Heirat nach der Scheidung von einem sozialen Abstieg besonderen Ausmaßes bedroht. Die fehlende oder abgebrochene Ausbildung für einen Beruf, die Schwierigkeiten der Aufzichens der Kinder und oft mangelnde Initiative stoßen diese Frauen in einen Abgrund sozialer Abhängigkeit, der sie bis ins Alter begleiten wird.

Es wird hier nicht von den Frauen gesprochen, die sich nach der Scheidung aufraffen und alle gebotenen Möglichkeiten einer Aus- und Weiterbildung mit Tatkraft und Ausdauer ergreifen und sich zum Teil einen ganz neuen, in der Ehe nie erreichten Status schaffen. Geschiedenen Frauen, die Kinder aufzuziehen haben, gelingt dieser Absprung selten, wenn sie nicht von Familienangehörigen, insbesondere von mehr oder weniger uneigennütigen Großmüttern unterstützt werden.

Nach den bisherigen Scheidungsgesetzen wurde nach dem Schuldprinzip verfahren. Der schuldig geschiedene Ehepartner hatte keinen Anspruch auf Unterhalt. Die Regelung benachteiligte die Ehefrauen, da sie wirtschaftlich fast immer der schwächere Teil sind und sie in ihren Ehejahren oft keiner Berufstätigkeit haben nachgehen können, die sie nun nach der Scheidung in die Lage versetzt hätte, ihren ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen. Auch für den Fall der teilweisen oder völligen schuldlosigkeit an den Gründen, die zur Ehescheidung führten, sind sie in einer schwierigen Situation, wenn ihnen eine Erwerbstätigkeit zuzumuten ist.

Es ist leicht vorstellbar, wieviel Energie es kostet, jetzt in meist fortgeschrittenem Alter, ohne beruflichen Grundstock, noch einmal einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Es verbleiben natürlich nur untergeordnete Berufe mit entsprechend geringer Entlohnung. Ein großes Problem bleibt die Altersversorgung, die in so kurzer Zeit selten noch aufzubauen ist. So droht dann im Alter die geringe Mindestrente oder die Sozialhilfe. Jede sechste alleinstehende Frau hatte 1970 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nicht mehr als 300,- DM netto zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zur Verfügung.

Besteht aber ein Unterhaltsanspruch gegen den geschiedenen Ehemann, so ist er wegen der finanziellen Leistungsschwäche des geschiedenen Mannes in vielen Fällen nicht durchzusetzen. Bei den hier Befragten trifft dies Problem besonders dann zu, wenn der Ehemann wegen Alkoholkrankheit unregelmäßiger oder keiner Arbeit nachging, wie es immerhin bei 56 geschiedenen alleinstehenden Müttern 14 mal vorkam. Zu Zeiten verstärkter Arbeitslosigkeit während wirtschaftlicher Rezessionen sind die unterhaltspflichtigen Männer oft auch tatsächlich nicht in der Lage, ihrer Unterhaltspflicht gegenüber der geschiedenen Ehefrau und den Kindern nachzukommen. Allerdings geschieht es auch häufig, daß unterhaltspflichtige Männer es vorziehen, nicht zu arbeiten, da die aus ihrer Sicht ungerechtfertigt hohen Abzüge für die unerwünschte Familie sie davon abhalten, einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Es gibt auch genug unterhaltspflichtig geschiedene Ehemänner, die es verstehen, ihre wahren Vermögensverhältnisse geschickt zu verbergen, so daß sie ihren Angehörigen die zu leistende Unterhaltszahlung vorenthalten.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird das Maß des zu leistenden Unterhaltes nach den Bedürfnissen des Unterhaltsberechtigten bestimmt. Der Unterhaltsanspruch des

nichtehelichen Kindes gegenüber seinem Vater ist in der Höhe gesetzlich geregelt. Im Gegensatz dazu bestehen über die Höhe des Unterhaltsanspruchs einer des Unterhaltsberechtigten Ehefrau und Mutter keine gesetzlichen Regelungen.

Bekanntlich zahlt nur jeder 2. Vater der ledigen, geschiedenen Frau mit Kindern den vollen Unterhalt. In den hier befragten 100 alleinstehenden Müttern fiel die Antwort auf die Frage nach der Unterhaltszahlung differenzierend aus. Es beantworteten die Frage, ob der Schwängerer Unterhalt gezahlt habe, wie folgt:

nie gezahlt	26
anfangs gezahlt	4
gelegentlich gezahlt	19
auf Kosten gezahlt	8
regelmäßig gezahlt	19
Schwängerer wollte erst eine Klärung	7
	73
+ Witwen	16
+ Kindesmutter, die Unterhalt an Kindesvater zahlt	1
	100

Also erhalten von 83 geschiedenen, ledigen und getrennt lebenden Müttern in dieser Befragung nur 27, also etwa ein Viertel, eine regelmäßige Unterhaltszahlung. Von den übrigen 56 Frauen haben nur 17 ein Gerichtsverfahren wegen unterbliebener Unterhaltszahlung angestrengt. Diese Verfahren waren bis zum Befragungstage ohne Erfolg geblieben. 10 Mütter haben wegen des Unterhaltsentzuges mit wechselndem Erfolg geklagt. Die Gerichtskosten einer Unterhaltsklage verschlingen oft einen großen Teil des eingeklagten Unterhaltes, so daß die psychische Belastung durch die Klage und der Aufwand an Energie und Zeit in keinem adäquaten

Verhältnis zu dem erreichten Ergebnis steht, zumal nach Beendigung des Gerichtsverfahrens die Kontinuierlichkeit der Unterhaltszahlung nicht in jedem Falle gewährleistet ist. Es unterbleibt die Unterhaltsklage auch mit der Überlegung, daß die Bezüge, die das Sozialamt zahlt, selbst dann, wenn es sich um Mindestbezüge handelt, sicherer sind als unregelmäßige Unterhaltszahlungen.

Seit der am 1. April 1974 in Kraft getretenen Änderung des § 18 Absatz 3, Satz 2 des Bundessozialhilfegesetzes haben sowohl alleinstehende Mütter als auch alleinstehende Väter mit einem oder mehreren Kindern die Möglichkeit, Sozialhilfe zu erhalten, wenn sie kein ausreichendes Einkommen und Vermögen haben.

Mag die geschiedene Frau mit Kindern nun den Unterhalt durch Zahlungen des Mannes oder durch Hilfe zum Lebensunterhalt durch das Sozialhilfegesetz bestreiten müssen - eine Leistung für ihre Altersversorgung ist in keiner Zahlung enthalten. Der geschiedene Vater, auch wenn er Unterhaltszahlungen leisten muß, ist da in einer vergleichsweise weit günstigeren Situation. Er kann seiner beruflichen Tätigkeit nach der Scheidung ungehindert weiter nachgehen, seine Altersversorgung fortführen, weil die Kinder in den meisten Fällen nach der Scheidung bei der Mutter weiterleben.

Diese Zusammenhänge beleuchten nachstehend aufgezeichnete Befragungsergebnisse: In 84 der Fälle, in denen Kinder ehelich geboren worden waren, wuchsen diese in 69 Fällen bei Mutter und Vater gemeinsam auf, 71 mal waren beide Eltern auch für die wirtschaftliche Versorgung der Kinder verantwortlich. Im Befragungsergebnis erscheinen weitere 15 nicht-ehelich geborene Kinder, die nach der Geburt bei der Kindermutter aufwuchsen.

Zum Zeitpunkt der Befragung, also auf jeden nach der Scheidung oder der vorläufigen Trennung, halten sich die Kinder, die nichtehelichen eingeschlossen, immerhin in noch 67 Fällen bei der Mutter auf, in 4 Fällen bei der Großmutter, in

18 Fällen wurden sie von Mutter und
aufgezogen, davon
und 3 mal im
mit

Die Pflege des Kindes nach der Geburt und
der Befragung:

Das Kind war bei:	nach der Geburt	Zum Zeitpunkt der Befragung
Kindesmutter	15	67
Großmutter	1	4
gemeinsam mit Großmutter	10	18
Pflegemutter (ganz)	2	1
Pflegemutter z. Teil	1	1
Kindergarten	3	5
Kinderhort/heim	1	10
Verwandte	0	0
Adoption	0	0
Eltern	69	0
Kindesvater	0	2

Es sorgten für das Kind	nach der Geburt	Zum Zeitpunkt der Befragung
Kindesmutter	24	72
Großmutter	0	2
Kindesmutter + Sozialamt	0	15
Kindesmutter + Großmutter	0	1
Pflegemutter (ganz)	2	0
Pflegemutter z. Teil	1	1
Kindergarten/Hort	4	3
Verwandte	0	0
Beide Eltern gemeinsam	71	3
Sozialamt	2	0
Kindesvater	0	3

Nur in zweien unserer Fälle hat der Vater nach der Scheidung das Aufziehen der Kinder übernommen. Beide Väter berichten im Gegensatz zu den befragten Müttern über ein großes Wohlwollen und über eine bemerkenswerte Hilfsbereitschaft der Umgebung ihnen gegenüber.

In solchem Sozialgefüge, in dem das zuletzt genannte Beispiel die Ausnahme von der Regel ist, fällt den Großmüttern, die ein Beschäftigungsverhältnis der geschiedenen verwitweten oder ledigen Tochter oft nur durch ihren Einsatz ermöglichen, eine gewichtige Rolle zu, wie es bei den Befragungen auch zum Ausdruck kam. Ein Entgelt erhalten sie für ihren Einsatz nicht. Ihre Hilfe wird, zumindest vom Staat, als Selbstverständlichkeit hingenommen. Wer bedenkt ihren Anspruch auf Ruhe und Unabhängigkeit im Alter? Wer bedenkt andererseits auch die schwierige Stellung einer Frau, die zwischen Kind und Mutter steht, einerseits der Mutter für deren Einsatz zu Dank verpflichtet, andererseits müde der Abhängigkeit von ihr und sich in einem nicht endenden Kind-Verhältnis zu ihr befindend?

Im Übrigen leiden die Kinder offenbar nicht darunter, daß sie nur von der Mutter oder von Mutter und Großmutter aufgezogen werden, sondern das Ehezerwürfnis und die Zeiten der zermürbenden Auseinandersetzungen beeinträchtigen ihr Befinden und wirken sich hinderlich auf ihre Entwicklung aus. Die "Kriegskinder" z.B. wuchsen, abgesehen von den widrigen äußeren Umständen, auch ohne Vater glücklich und zufrieden unter der Obhut der Mutter auf. In einer Untersuchung über dieses Thema kommt der Schweizer Wissenschaftler Dr. Pierre Rentchnik in der Fachzeitschrift 'Medicine et Hygiene' (43) zu dem Ergebnis, daß die "Großen" der Geschichte ohne Vater oder in Ablehnung desselben aufgewachsen sind, z.B. Alexander der Gr., Martin Luther, Napoleon, Karl Marx usw.

Insgesamt zeigt sich, daß die Mütter die Kinder nach der Trennung in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Unterhalt zahlenden geschiedenen Ehemann aufziehen. Entziehen sich die Ehemänner sich der Verantwortung für ihre Familien, aus welchen Gründen auch immer, z. B. Arbeitslosigkeit, Arbeitsunwille, Krankheit, Alkoholabhängigkeit, Flüchtlinge und Zahlungsunwillige, so besteht die Abhängigkeit dem Sozialamt gegenüber. Eine Berufsausbildung und der Aufbau einer Altersversorgung unterbleiben. So entsteht die Auswegslosigkeit der erneuten Abhängigkeit bis ins Alter hinein entweder von den Kindern oder wiederum vom Sozialamt. Um die Kinder durch evtl. in späteren Jahren fällig werdende Rückzahlungen finanziell nicht zu belasten, wird öffentliche Hilfe oft nicht in Anspruch genommen, mit dem Ergebnis der wirtschaftlichen Not und der damit verbundenen mißlichen sozialen Lage. Die große Anzahl der Altersrentnerinnen mit unzureichender Altersrente besteht zu einem großen Teil auch aus diesen Frauen. So entstehen lebenslange Provisorien: mangelnde Ausbildung, unterbezahlte Arbeit, unbefriedigende Ehen, wirtschaftliche Not im Alter.

Die hier geschilderten unbefriedigenden Zustände, von denen besonders alleinstehende Mütter mit Kindern betroffen sind, haben seit langem zu Überlegungen für Möglichkeiten der Abhilfe Anlaß gegeben. Eine dieser Möglichkeiten ist in dem neuen Scheidungsgesetz enthalten. Das neue Scheidungsgesetz, das 1977 in Kraft treten wird, geht von der Feststellung einer Verschuldung der Ehescheidung zum Zerrüttungsprinzip über. Das Gesetz soll dafür sorgen, daß die Folgen des Scheiterns einer Ehe erträglicher werden.

Nach dem heutigen Sozialverständnis soll die in der Ehe nicht berufstätig gewesene Frau von vornherein an der Altersversorgung des Mannes beteiligt werden.

Der wirtschaftlich Stärkere, in der Regel ist das der Mann, soll die wirtschaftliche Absicherung des finanziell Schwächeren, meistens die Frau, übernehmen. Die Gefahr des sogenannten Versorgungsausgleiches ist allerdings die Minirente, die der Mann durch seine sich fortsetzende Berufstätigkeit nach der Scheidung aufstocken kann. Die geschiedene Ehefrau, die das Sorgerecht für die Kinder erhält ist durch diese Regelung, wie hier wiederholt gesagt wurde, nicht in der Lage, weitere Rentenanteile durch Berufstätigkeit zu erwerben. Der geschiedene Ehemann bezahlt im günstigen Fall den Unterhalt, da er ja weiterhin dem auch in den Ehejahren ausgeübten Beruf nachgeht. Grundsätzlich ist natürlich eine gleichmäßige Beteiligung beider Eheleute an den während der Ehe erworbenen Versorgungsansprüchen, wie sie das neue Scheidungsgesetz vorsieht, eine gerechtere Lösung als die bisherige Regelung. Die beste, weil gerechteste Regelung, wäre eine eigenständige soziale Sicherung aller Frauen; diese ist im Augenblick nicht mehr im Gespräch.

4. Möglichkeiten, Ansätze und Forderungen zur Problemlinderung

Aus der bisherigen Darstellung über die mißliche soziale Lage der alleinstehenden Mütter entsteht die Frage nach Möglichkeiten zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Wie soll es einer ledigen, geschiedenen oder verwitweten Mutter möglich sein, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, der durch fehlende oder nicht ausreichende Zahlungen des geschiedenen Mannes oder unzureichende Hinterbliebenenrente nicht gedeckt wird, solange sie ihre unmündigen Kinder unversorgt w. Nur selten sind andere Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn bereit, hilfreich einzuspringen. Es bleibt in vielen Fällen als Lösung nur die Unterbringung der Kinder in Kindergärten, Tagesstätten und Heimen oder die Freigabe der Kinder zur Adoption übrig.

Kinderheime sind aber keine Alternative zu der Möglichkeit des Aufwachsens und der Erziehung in der intakten unvollständigen Familie. Sie sind, wie Rosemarie Nave-Herz sagt: "eine Randlösung, sie haben Ausnahme-, ja Strafcharakter. In unserer Vorstellung riechen sie nach Lysol."

Bemängelt werden: "zu wenig Personal, zu autoritäre Strukturen, zu viel Hygiene und zu wenig Zärtlichkeit." (14)

Das Wichtigste aber, eine Person, die sich liebevoll um das betreffende Kind kümmert, zu der das Kind Vertrauen hat, eine Beziehung entwickelt, kann das Heim dem Kind aus strukturellen Gründen nur schwer ermöglichen

4.1.1. Adoption

Um Kindern alternativ zum Heimaufenthalt das Aufwachsen in einer Familie zu ermöglichen, kann eine Adoption in Frage kommen. Die Überlegung, ihr Kind zur Adoption freizugeben, könnte insbesondere für ledige Mütter in Betracht kommen.

Insgesamt haben sich seit 1951 die Adoptionszahlen in der BRD erhöht, gleichzeitig ist aber die Zahl der zur Adoption freigegebenen Kinder von alleinstehenden Müttern rückläufig

Ab 1. 1. 1977 treten neue Adoptionsregelungen in Kraft. Adoptierte Kinder haben dann alle Rechte und Pflichten der leiblichen Kinder. Das Alter der adoptionswilligen Eltern wird auf 25 Jahre herabgesetzt. Es gibt im gesamten Bundesgebiet 750 Adoptionsvermittlungsstellen bei den Jugendämtern. Nach dem neuen Adoptionsgesetz besteht die Möglichkeit, durch Gerichtsbeschluß eine Adoption herbeizuführen, letzter tritt für diejenigen Eltern in Kraft, die sich nicht um ihre Kinder kümmern. Jährlich kommen ca. 4 500 Neugeborene sofort nach der Geburt in ein Heim, ohne daß sich die Eltern oder wenigstens ein Elternteil um sie bemühen.

Die Adoption ist eine mögliche Alternative zur Heimerziehung. Eine wichtige Forderung ist die Früh-, ja die Frühestadoption für alle Beteiligten. Die leibliche Mutter hat noch keine emotionalen Bindungen an das Kind entwickelt, das Kind braucht noch keinen Wechsel der Bezugspersonen und der Umgebung zu verarbeiten, und die Adoptiveltern, die das Kind sofort nach der Geburt bekommen, entwickeln eine starke soziale Kind-Elternbeziehung.

In letzter Zeit mehrt sich die Anzahl der adoptionswilligen Eltern, deren Adoptionswunsch besonders auf Säuglinge und Kleinstkinder gerichtet ist. Selten aber interessieren sich Adoptionswillige für ältere Heimkinder. Es warten zur Zeit etwa 33 000 Kinder unter 10 Jahren in Heimen auf eine Adoption. Das neue Adoptionsgesetz verpflichtet darum die Heime, diese Kinder den Jugendämtern in kurzen zeitlichen Abständen in Erinnerung zu rufen, damit unter Umständen doch noch eine Adoption ermöglicht werden kann, um ihnen das Schicksal älterer Heimkinder zu ersparen.

Voraussetzung für die Frühadoption ist der Abbau der Vorurteile gegenüber den Müttern, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen dazu entschließen, ihr Kind adoptieren zu

la . Die Gründe sind in den meisten Fällen wirtschaft-
liche Art, besonders bei sehr jungen ledigen Müttern. Diese
Entscheidung ist für die Mutter mit einer erheblichen psychischen
Belastung verbunden. Mit der Unterschrift unter die Adoptions-
einwilligung beim Notar reißt die mütterliche Bindung an das
Kind für immer ab. Oft wird diesen Müttern von der Gesellschaft
eine ausgesprochene oder unausgesprochene Mißachtung entgegen-
gebracht, so daß sie nur schwer zu der letzten Einwilligung
kommen können. So verzögert sich schließlich die Adoption;
oft kommen langwierige Vaterschaftsfeststellungen als
zusätzliches Verzögerungsmoment hinzu. Die Folge sind
jahrelange Heimaufenthalte der betreffenden Kinder.
Zusammenfassend soll noch einmal betont werden, daß die
Adoption die beste Alternative ist, wenn das Aufwachsen
in der unvollständigen oder vollständigen Familie nicht
möglich ist.

4.1. 2. Tagesmütter

Wenn die Adoption nur für einen kleinen Personenkreis
eine Lösung bringt, sollen im Folgenden weitere Möglich-
keiten der Problemminderung abgehandelt werden.

An dieser Stelle soll besonders auf das Projekt der "Tages-
mütter" des Bundesministeriums für Jugend, Familie und
Gesundheit, das zur Zeit als Modellversuch in 7 Bundes-
ländern läuft, eingegangen werden. Es hat zu großen Aus-
einandersetzungen und Emotionen innerhalb der Bevölkerung
geführt.

Das Projekt sieht vor, daß Kinder, die aus zwingenden
Gründen tagsüber nicht von ihren Müttern versorgt und
erzogen werden können, von einer nichtberufstätigen Tages-
mutter betreut werden. Das Bundesministerium für Jugend,
Familie und Gesundheit gab 1974 die Zahl von 700 000

berufstätigen Müttern bekannt, die nicht in der Lage waren, ihre Kinder selbst zu versorgen. Die Gründe der Berufstätigkeit sind meist ökonomischer Art, wie zum Beispiel bei alleinstehenden Müttern und bei den Müttern, die mitverdienen müssen, weil das Einkommen des Ehemannes zu niedrig ist.

Die Kinder dieser Mütter konnten bisher nur in Tagesheimen und -horten untergebracht werden, wenn außer der Mutter keine andere Betreuungsperson vorhanden war. Vor den mannfaltigen Schäden, die Kinder auch in diesen Heimen und Krippen bekanntlich erleiden können, soll sie die stunden- oder tageweise Unterbringung bei einer Pflegemutter bewahren helfen.

Jede Tagesmutter, die durch eine Kurzausbildung auf ihre Tätigkeit vorbereitet wird, darf außer ihren eigenen maximal 3 weitere Kinder betreuen, von denen nur 2 jeweils einer gleichen Altersstufe angehören dürfen.

Die Tagesmütter erhalten für 1 Kind monatlich 320,- DM, für 2 Kinder 525,- DM und für 3 Kinder 630,- DM monatlich. Dieses Entgelt ist steuer- und sozialversicherungspflichtig. Weitere 120,- DM monatlich für jedes zu betreuende Kind sind steuerfrei und als Betrag von der eigenen Mutter zu tragen. Dieses Geld ist für die Anschaffung von Spielzeug, für die Bezahlung von Medikamenten und zur Bestreitung anderer notwendig werdender Ausgaben gedacht.

Arbeitgeber der Tagesmütter könnten anerkannte Trägervereine oder Jugendämter sein. Die entstehenden Kosten werden von Bund und Ländern gemeinsam getragen. Finanziell ist das Projekt für etwa 3 Jahre gesichert.

Abgesicherte Ergebnisse über das "Projekt Tagesmutter" liegen bisher nicht vor.

Die Pflege- oder Tagesmütter sollen pädagogisch durch qualifizierte Berater, z. B. Sozialarbeiter der Jugendämter betreut werden.

Probleme, die sich bei der Versorgung der Kinder ergeben, sollen in besonderen Zusammenkünften zwischen Müttern, Tagesmüttern und pädagogischen Beratern besprochen werden. Außerdem sollen sie zuvor in einem Tagebuch, das die Pflegemutter zu führen hat, aufgezeichnet werden. Eine Auswahl der betreffenden Tagesmütter soll mit dem Kriterium von Eignung und Fähigkeit durch die Jugendämter erfolgen. Eine besondere Ausbildung ist bisher nicht erforderlich. Die Ergebnisse des Projektes sollen im Deutschen Jugendinstitut in München zusammengetragen und ausgewertet werden. (45)

Erhebliche, zum Teil berechtigte Einwände hat diesem Vorhaben die Kinderärzteschaft entgegengebracht. (46)

Der wichtigste Einwand der Kinderärzte ist der der Fremdpflege an sich. Es wird davon ausgegangen, daß "jedes Kind, das außerhalb der Familie in der Massen- oder Fremdpflege aufwächst, bezüglich seiner Entwicklung auf das Schwerste gefährdet ist. Die Gefährdung ist umso größer, je jünger die Kinder sind und um so häufiger sich ein Wechsel der Bezugsperson vollzieht." (47)

In der Bundesrepublik Deutschland leben aber zur Zeit schätzungsweise 800 000 Kinder unter 3 Jahren, deren Mütter außerhalb des Hauses berufstätig sind. Weiterhin ist bekannt, daß 390 000 Teilfamilien mit 582 000 Kindern unter 18 Jahren vorhanden sind. 85 % der alleinstehenden Mütter sind aber berufstätig, das heißt also, daß ein Großteil der Kinder sich in Fremdbetreuung befindet. Das bedeutet also, daß von der Tatsache ausgegangen werden muß: so lange keine weiteren Familienangehörigen zur Versorgung vorhanden sind, diese Kinder bereits in Horten, Heimen und Tagesstätten, also in Massenpflege aufwachsen. Es wächst also ein großer Anteil von Kindern heran, der prädisponiert ist für Verhaltensstörungen bis hin zur Kriminalität. Diese Realität ist zu sehen.

Das " Projekt Tagesmutter" bietet dazu eine echte Alternative, obwohl diese Initiative natürlich keine befriedigende Lösung des Problems der Fremdbetreuung darstellt.

Abzulehnen bleibt die " Ersatzmutter" für den Säugling und das Kleinkind bis zum 3. Lebensjahr. Ein Kind sollte zumindest in den 3 ersten Lebensjahren von der eigenen Mutter betreut werden können. Ist diese Möglichkeit nicht zu verwirklichen, z. B. bei einer alleinstehenden Mutter, die auf die Ausübung der Berufstätigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhaltes angewiesen ist, so muß unter allen Umständen garantiert sein, daß innerhalb der Fremdbetreuung für eine Konstanz der Bezugsperson gesorgt ist. Säuglinge und Kleinkinder sollten darüber hinaus in ihrer gewohnten Umgebung betreut werden, damit zusätzlich zum " Trennungsschock" von der Mutter nicht auch noch ein ständiges Wechsel der Umgebung eintritt. Eine gewisse Zeit am Tage, eine halbe bis eine Stunde, sollten Mutter und Tagesmutter sich gemeinsam um das Kleinkind kümmern können. Die Versorgung der Säuglinge und Kleinkinder durch die Tagesmutter, während der Abwesenheit der ^{leiblichen} Mutter ist keine Ideallösung, sie bleibt eine Fremdbetreuung mit all ihren Gefahren für die Entwicklung des Kindes.

Nun sind aber die bekannten Alternativen (Heim - und Tagesmutter) unter denen das Kind bisher untergebracht werden konnte, im Vergleich zur relativ individuellen Betreuung durch eine Tagesmutter für das betreffende Kind die bessere, wenn auch nicht die beste Lösung.

Die Forderung nach einer maximalen Lösung des Problems der Fremdbetreuung besonders bei alleinstehenden Müttern, d.h. finanzielle Unterstützung durch den Staat in Form von erhöhtem Kindergeld, höherem Mietzuschuß und Einrichtung von Unterhaltsersatzkassen ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht.

Die staatliche finanzielle Unterstützung der alleinstehenden Mutter sollte aber zumindest für die ersten Lebensjahre des Kindes gesichert werden, so daß die Fremdbetreuung erst nach dem 3. bis 5. Lebensjahr einzusetzen brauchte.

Im Vorschul- und Schulalter ist die stundenweise Trennung der Kinder von der Mutter diesen zuzumuten. Es ist sogar für die Entwicklung des Kindes günstig, wenn von diesem Lebensalter an soziale Beziehungen außerhalb des Kontextes Mutter - Kind aufgebaut werden.

Bei der "Nur - Mutter und Hausfrau" besteht die Gefahr einer gewissen Enge in den Ansichten. Sowohl der Mutter als auch dem Kind fehlen die Gemeinschaft mit anderen Menschen. Jetzt ist die Zeit gekommen, da die alleinstehende Mutter eine Berufsausbildung aufbauen könnte, wenn sie die Kraft dazu noch aufbringen würde, oder, da sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnte, wenn die Kinder von der Tagesmutter betreut würden.

Sind nun aber mehrere Kinder vorhanden, ist die finanzielle Seite des Tagesmutterprojektes für die alleinstehende Mutter, die zum größten Teil in Berufen mit geringen Verdienstmöglichkeiten arbeitet, zu kostspielig.

Es ist also festzuhalten, daß das Tagesmuttermodell für Vorschul- und Schulkinder durchaus zu akzeptieren ist, während es für Säuglinge und Kleinkinder aus den dargelegten Gründen eine bessere Lösung als die Massenfremdpflege, aber keine Ideallösung ist.

4.1. 3. Heime, Wohnunterkünfte, Wohnanlagen und Schulen für alleinstehende Mütter

Alleinstehende Mütter, ob sie nun ledig, geschieden oder verwitwet sind, geraten auf Grund ihrer besonderen Situation in die mitmenschliche ^{Isolation} Situation. Kontakte zu den Menschen, die vor der Scheidung, der Verwitwung oder, bei ledigen Müttern, vor Geburt des Kindes bestanden haben, reißen in vielen Fällen ab.

Die ledige alleinstehende Mutter sieht sich obendrein noch immer massiven Vorurteilen gegenüber, besonders wenn sie noch nicht volljährig ist. Die Diskussion um den § 218 hat in letzter Zeit allerdings eine gewisse Toleranz diesem Personenkreis gegenüber bewirkt.

Für nicht volljährige alleinstehende junge Mütter, die sich nicht zur Adoptionsfreigabe ihres Kindes entschließen können und die im Elternhaus keine Unterstützung finden, gibt es bis zum Erreichen der Volljährigkeit nur die Möglichkeit der Unterbringung in einem Heim für junge alleinstehende Mütter. Diese Mädchen kommen oft aus sozial schwachen Schichten, so daß sie auch in finanzieller Hinsicht keine familiäre Unterstützung erwarten können. Über das Jugendamt wird ihre finanzielle Versorgung im Heim gesichert. Sie werden hier intensiv fürsorgerisch betreut. Mit besonderer Dringlichkeit wird ihnen eine Ausbildung angeraten und häufig auch ermöglicht. Das Unbehagen an dieser Situation bleibt trotzdem bestehen. Was soll nach der Entbindung und nach Erreichen der Volljährigkeit aus diesen jungen Müttern werden? Von nun an müssen sie die besonderen Schwierigkeit ihrer Lage aus eigener Kraft zu bewältigen versuchen.

Für viele Frauen bleibt, wenn auch nur vorübergehend, wiederum nur die Unterbringung in einem Haus für ledige Mütter. Sie sehen sich sonst gezwungen, in ihr altes soziales Milieu zurückzukehren oder in eine Wohnunterkunft

In einer besonders schwierigen Lebenssituation befinden sich schulpflichtige schwangere Mädchen.

Mangelnde Aufklärung durch Elternhaus und Schule, Ablehnung Unverträglichkeit oder Verbot von Antikonzeptiva, mangelnder Bezug zur Realität und viele weitere Gründe haben die Mädchen in diese Situation gebracht.

Die schwangere Schülerin unterliegt weiterhin der Schulpflicht bzw. darf nicht von der Schule gewiesen werden, doch in diesen besonderen Fällen kann es trotzdem zur Aufhebung der Schulpflicht kommen. Oft sind der psychische Druck und die allgemeine Ablehnung, auch in Verbindung mit dem Elternhaus, so groß, daß die schwangeren Schülerinnen einen Abbruch des Schulbesuches in der bekannten Umgebung von sich aus wünschen.

Durch den fehlenden Schulabschluß, der eine nichtqualifizierte Berufsausbildung zur Folge hat, werden diese jungen Mütter vollkommen ins Abseits gedrängt.

Es gibt im gesamten Bundesgebiet bisher nur in Hamburg eine Schule mit angeschlossenem Wohnheim, in der für diese Schülerinnen die Möglichkeit besteht, den Schulabschluß während der Gravidität zu erreichen. Gleichzeitig werden sie fürsorgerisch beraten und betreut.

Weil Schulpolitik Ländersache ist, wäre es wünschenswert, wenn weitere Bundesländer dieses Beispiel nachahmen würden um unmündigen schwangeren Schülerinnen einen Schulabschluß und damit die Chance eines guten Berufsstartes zu ermöglichen.

1. 1. 4. Interessenvertretung in der Öffentlichkeit

Jede alleinstehende Mutter hat seit dem 1. 7. 70 ein Recht auf Beratung in dem für sie zuständigen Jugendamt. Der § 51 des Jugendwohlfahrtsgesetzes verpflichtet zu Hilfe und Unterstützung.

In der Realität wird diese Hilfe aber nur von einem Teil der alleinstehenden Mütter in Anspruch genommen, da der Weg zur Behörde - zum Jugend- oder Sozialamt - mit Scheu gegangen wird.

Eine Vermittlerrolle und eine zentrale Anlaufstelle. Informationen aus dem sozialen Gebiet und dem Familienrechtsbereich sammelt und weitervermittelt, wollen die Verbände alleinstehender Mütter sein, die sich in den letzten Jahren in vielen Orten der Bundesrepublik konstituiert haben.

Im Juli 1967 wurde der erste Verband von Frau Luis, der jetzigen Vorsitzenden des Verbandes alleinstehende Mütter und Väter, Herrenberg-Schwarzwald, als Verband lediger Mütter gegründet. Zu diesem Zeitpunkt wurde auf diese Weise versucht, auf die Reform des Unehelichengesetzes über das Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit Einfluß zu nehmen. Das neue Nichtehelichengesetz wurde dann schließlich am 1.7. 1970 verabschiedet. Es brachte erhebliche Verbesserungen, aber nach Aussage der genannten Ersten Vorsitzenden des damaligen Verbandes-lediger Mütter in ihrem Erfahrungsbericht (48) "hat sie zu den zur Diskussion stehenden Reformvorschlägen in drei Stellungnahmen Empfehlungen ausgesprochen, Forderungen erhoben auch um hearings nachgesucht" - die leider vergeblich geblieben sind.

Diese mangelnde politische Einflußmöglichkeit spornte den Verband nun in vermehrtem Maße an, tätig zu werden. Auch geschiedene Mütter suchten in der Folgezeit bei dem Verband lediger Mütter um Rat nach, so daß dieser sich 1970 in den "Verband alleinstehender Mütter umbenannte.

Die Initiative zur Gründung weiterer Verbände hat zwar zugenommen, ist aber noch zu gering.

Es gibt z.B. in der Stadt Delmenhorst mit fast 75 000 Einwohnern keinen Verband dieser Art. Die betreffenden Mütter haben bisher nur die Möglichkeit, sich hilfesuchend an die Verbände in Bremen oder Oldenburg zu wenden.

Die Verbände alleinstehender Mütter setzen sich für die Einrichtung von Unterhaltersatz- und -ausgleichskassen ein, wie sie zum Beispiel in Dänemark bereits bestehen. Der Staat (Jugendamt, Sozialamt) zahlt in zutreffenden Fällen den Unterhalt oder den Ausgleich bei zu geringem Unterhalt und setzt sich anschließend mit dem Vater auf dem Rechtsweg auseinander. So werden Zeiten massiver wirtschaftlicher Not für die alleinstehenden Mütter vermieden.

Die zweite wichtige Forderung der Verbände ist die Zahlung eines Muttergehalts während der ersten entscheidenden Lebensjahre des Kindes. Es sollte so bemessen sein, daß die Mutter sich in dieser Zeit ohne den Druck wirtschaftlicher Not dem Säugling und dem Kleinkind widmen kann und während dieser Zeit nicht auf Erwerbstätigkeit angewiesen ist.

Darüber hinaus setzen sich die Verbände für die Zahlung eines erhöhten Kindergeldes und eines Mietzuschusses ein, der höher sein soll als in der Vollfamilie, um der alleinstehenden Mutter ökonomisch einen Ausgleich zu verschaffen.

Ganz besonders werden in den Verbänden Möglichkeiten der Berufsfindung und der Fortführung unterbrochener Berufsausbildung erörtert.

Die Aufklärung über die gesellschaftliche und rechtliche Situation alleinstehender Erwachsener mit Kindern und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten ist das dringendste Anliegen der Verbände.

Seit dem 3./9. Mai 1975 haben die Verbände alleinstehender Mütter auch die alleinstehenden Väter miteinbezogen.

S C H L U S S B E M E R K U N G E N

In der vorliegenden Arbeit ist Material gewonnen und interpretiert worden über 100 alleinstehende Mütter in der mittleren Industriestadt Delmenhorst.

Diese sind ein kleiner Teil einer Gruppe, die anlässlich der letzten Volkszählung von 1970 mit 136 000 angegeben wurde. Da die alleinstehenden Mütter mit Kindern als solche von den Standesämtern nicht registriert werden, kann ihre Zahl in Ländern und Gemeinden nur geschätzt werden. Als Problemfälle treten sie jedoch fortwährend in Erscheinung.

Obwohl das Grundgesetz in Artikel 6, Absatz 4 erklärt, daß jede Mutter Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft hat, ist diese Forderung in Bezug auf diesen Personenkreis nur in Ansätzen erfüllt worden.

Der Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau vom 1. 8. 1972 macht für die Schlechterstellung der Frauen allgemein und der alleinstehenden Mütter im besonderen weniger die Rechtslage, sondern vielmehr die tradierten Rollenbilder in der Gesellschaft verantwortlich.

Dieses tradierte Rollenbild läßt, besonders in den unteren Schichten der Bevölkerung, einen großen Teil der Mädchen nach anachronistischen Rollenmustern Bildungs- und Berufswege gehen, die nicht mehr den Erfordernissen einer emanzipatorischen Lebenshaltung in einer hochindustrialisierten Gesellschaft entsprechen. Dadurch geraten sie an den Rand dieser Gesellschaft.

In dieser Gesellschaft dominiert die Ehe als Familienform. Daneben bestehen Teilfamilien - Witwen, geschiedene und ledige Frauen mit Kindern. Sie tragen die Last des Kinder-aufziehens ohne die soziale Sicherheit einer Vollfamilie.

QUELLENVERZEICHNIS

ANMERKUNGEN

1. Statistisches Jahrbuch 1975
Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz
2. Auch nach dem Mikrozensus, d.h. = 0,1 % auf Landes-
ebene, ist die Feststellung, wieviele alleinstehende
Mütter es gibt, nicht möglich.
Für die Stadt Delmenhorst gelten per 1. Nov. 1975
folgende Zahlen:

weiblich verheiratet	=	17.798
verwitwet	=	6.876
geschieden	=	1.367
ledig	=	11.326
3. Statistisches Jahrbuch 1975
Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz
4. Die wirtschaftliche Stellung der geschiedenen Frauen.
Dissertation. Buchdruckerei H. Tschudy u. Co. AG.
St. Gallen 1956
5. Bericht der Bundesregierung über die Situation der
Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft.
B.T. - Drucksache V/909 vom 14.9.1966
6. Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur
Verbesserung der Situation der Frau
B.T. Drucksache VI/ 3689 vom 1. 8. 1972
7. B.T. Drucksache V/909 , Einleitung, Seite IX
8. B.T. Drucksache VI/3689
9. a.a. O. Seite IX
10. a. a. O. Seite 9
11. 21./22. Nov. 1975 in Stuttgart veröffentlicht,
Kommunal - Verlag GmbH, Recklinghausen, 1976

29. Bundestags-Drucksache VI./ 3689 Seite 33
30. B.T.-Drucksache VI/3689 Seite 33
31. " " " Seite 34
32. Rosemarie Nave-Herz: "Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: Der Anachronismus in den Rollenerwartungen ." Luchterhand-Verlag. Neuwied und Berlin, 1972 Seiten 45/46
33. a. a. O. Seite 46
34. Bericht über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft.BT-Drucksache V/909 Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Mainz
35. Bericht des Bundestages über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau.BT.-Drucksache VI/3689 Verlag Kohlhammer, Stuttgart und Mainz
36. a. a. O. Seite 99
37. Schneider-Danwitz: " Der Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau", erschienen in der Zeitschrift " Recht der Arbeit", 1973, Heft 4
38. Annemarie Griesinger: " Die soziale Sicherung der Frau in: "Das öffentliche Gesundheitswesen", Heft 3 , 1976 Seiten 145 ff.
39. Schneider - Danwitz, Quelle unter der Nr. 37 aufgeführt Seite 246
40. Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8. 1969. BGBl. I S. 1243
41. Zitiert nach Annemarie Griesinger: " Die soziale Sicherung der Frau". in: Zeitschrift " Das öffentliche Gesundheitswesen", Heft 3, März 1976 Seite 147

42. Wundertags - Druckerei VI. Seite 33
43. Dr. Pierre Rentch: "Wir werden von Kranken verehrt". Studie, veröffentlicht in der Schweizer Fachzeitschrift "Medicine et Hygiene", Jahr, Datum unbekannt.
44. Rosemarie Nave-Herz: "Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft" 1972, Luchterhand-Verlag, Neuwied u. a. Seite 34.
45. a) Helga Fleischhauer - Hardt: "Probleme der Fremdbetreuung von Kindern", erschienen in Heft 6, vom 5.2. 76 des "Deutschen Ärzteblattes".
b) Edwin Leubach: "Die Rolle Tagesmutter in der Presse". in: "Der Kinderarzt", 5. Jahrg., 1974, Nr. 7, Seiten 622 ff.
c) Theo Stein/ Albrecht Stein: "Erfahrungen einer Tagesmutter". in: "Der Kinderarzt", 5. Jahrg., 1974, Nr. 7
d) Theodor Hellbrügge: "Säuglinge und Kleinkinder in Fremdbetreuung". in: "Der Kinderarzt". 5. Jahrg., 1974 Nr. 11
e) Ferdinand Timm: "Tagesmutter oder Pflegemütter?" in: "Der Kinderarzt", 5. Jahrg., 1974 Nr. 7, Seite 619 ff
f) Marianne Lebek: "Gesunde Entwicklung des Kindes durch Liebe und Geborgenheit". in: "Pressedienst Behindertes Leben", Nr. 7, Seiten 3 ff., herausgegeben von der Stiftung für das behinderte Kind, Karburg/ Lahn
46. Helga Fleischhauer - Hardt, Quelle unbekannt unter der Nr. 45 a
47. Theodor Hellbrügge: Jahrestag der Kinderärztinnen und Kinderärzte 1974 in Hamburg, in: "Der Kinderarzt", 5. Jahrg., 1974 Nr. 11 Seite 937
48. Loeckumer Protokolle 6/71
ohne Verlagsort und Datum, Schreibmaschinenschrift.

DER FRAGEBOGEN MIT DEM AUSZÄHLUNGSERGEBNIS

Lfd. Nummern: 1 - 100

Name, Vorname: X 1 - X 100

1 ehelich = 85

2 nicht ehelich = 15

geboren: durchschnittlich im Jahre 1941,58 = ca. 33 Jahre

<u>Konfession</u> :1 evangelisch	55
2 Katholisch	28
3 Sekten ..	2
4 sonstige	5
5 keine	10

Alter bei Flucht oder Vertreibung

1 = Alter = 13,2 Jahre (24) Flüchtlinge

00 = ohne Angaben = 0 mal

99 = entfällt = 76 mal

aufgewachsen

1 Eltern = 69	6 Heim = 4
2 Mutter = 14	7 Fürsorge = 1
3 Großeltern = 7	8 adoptiert= 0
4 Großmutter = 1	9 andere Angaben = 1
5 Pflegeeltern=3	

aufgewachsen wo ?

1 Dorf 13	3 Mittelstadt 49
2 Kleinstadt 24	4 Großstadt 14

Dauer der Fürsorgeerziehung : keine Angaben

Schule:

1 Sonderschule = 4

2 nicht abgeschlossene Volksschule = 23

3 abgeschlossene Volksschule = 45

4 Hauptschule = 7

Schule = 10

1 Real- u. Fachschule = 1

8 Realschule = 4

sonstige Angaben

1 erfüllt = 35 2 nicht erfüllt = 11

3 z.T. erfüllt = 10 4 nicht erfüllt = 1

warum nicht erfüllt?

1 keine Lust = 4

6 lernen fiel schwer = 1

2 Gravidität = 3

7 mußte zu Hause helfen

3 früh geheiratet = 13

8 andere Angaben = 10

4 mußte verdienen = 1

5 Eltern waren dagegen = 4

Ausbildung

1 ungelernt 19

2 angelernt 27

3 nicht abgeschlossene Lehre 6

4 abgeschlossene Lehre 32

5 sonstige Ausbildung nicht abgeschlossen 4

6 sonstige Ausbildung abgeschlossen 10

7 in der Ausbildung 2

8 Schülerin 0

9 andere Angaben 1

Tätigkeit zur Zeit der Schwängerung :

1 Ganztagsarbeit = 73

4 Prostitution = 0

2 Teilarbeit = 13

5 Hausfrau = 5

3 ohne Arbeit = 4

6 Lehrling = 4

7 Student = 1

1 selbständig = 1

8 Haushalt d. Eltern = 2

2 Arbeiterin = 25

9 Büro = 1

3 Hausangestellte = 16

7 Sonstige Angestellte = 26

4 Serviererin = 5

8 Heimarbeit = 0

Tätigkeit nach der Schwängerung :

1	Ganztagsarbeit	=	60
2	Teilarbeit	=	5
3	ohne Arbeit	=	6
4	Prostitution	=	3
5	Hausfrau	=	28
6	Lehrling	=	4

1	selbständig	=	1	5	Haushalt d.Eltern	=	1
2	Arbeiterin	=	19	6	Büro	=	4
3	Hausangestellte	=	7	7	sonst.Angestellte	=	25
4	ServiererIn	=	4	8	Heimarbeit	=	0

Jetzige Tätigkeit:

1	Ganztagsarbeit	=	48
2	Teilarbeit	=	7
3	ohne Arbeit	=	5
4	Prostitution	=	0
5	Hausfrau	=	37
6	Lehrling	=	0
7	In der Ausbildung	=	3

1	selbständig	=	1	5	Haushalt d.Eltern	=	1
2	Arbeiterin	=	13	6	Büro	=	8
3	Hausangestellte	=	1	7	sonst.Angestellte	=	27
4	ServiererIn	=	6	8	Heimarbeit	=	0

Personenstand zur Zeit der Schwängerung:

1	ledig	=	69	6	mehrere Ehen	=	0
2	verheiratet	=	23	7	festes Verhältnis	=	1
3	geschieden	=	5	8	oft wechselnde Verhältnisse	=	1
4	Witwe	=	0	9	andere Angaben	=	0
5	getrennt lebend	=	1				

Jetziger Personenstand:

1	ledig	= 17
2	verheiratet	= 0
3	geschieden	= 56
4	Witwe	= 0
5	aktuell lebend	= 0
6	mehrere Leben	= 0
7	festes Verhältnis	= 6
8	oft wechselnde Verhältnisse	= 1
9	andere Angaben	= 0

Alter bei der Schwängerung: 25, 5 Jahre

Alter bei der 1. Schwängerung: 21,5 Jahre

Mehrverkehr: 1 Ja = 42
2 Nein = 58

Alter bei 1. Eheschließung:

War Gravidität Anlaß zur Eheschließung?

1 Ja = 54 2 nein = 28

Heirat des Schwängerers?

1 ja = 57 2 nein 3 = 3

Das wievielte Kind war das untersuchte?

Gesamtzahl der Kinder:

ehelich : = 2,6 Kinder

nicht ehelich = 1,4 Kinder

Antibabypille ?

1 ja = 20 2 nein = 80

Angst vor ?

1 religiös = 4

2 nicht aufgeklärt = 13

3 Sorge vor Krebs " 2

4 Sorge vor sonstigen Krankheiten = 13

5 wollte Kinder = 27

Antibabypille - warum nicht? Fortsetzung

6 lästig = 3
7 zu teuer = 1
8 andere Angaben = 18

Wo war das Kind nach der Geburt?

1 Kindesmutter	= 15	6 Kindergarten	= 3
2 Oma	= 1	7 Kinderhort	= 1
3 gemeins.mit Oma	= 10	8 Verwandte	= 0
4 Pflegemutter(ganz)	= 2	9 Adoption	= 0
5 Pflegemutter z.T.	= 1	10 Eltern	= 69

Wer sorgte dafür ?

1 Kindesmutter	= 24	6 Kindergarten	= 0
2 Oma	= 0	7 Kinderhort	= 0
3 gemeins.mit Oma	= 0	8 Verwandte	= 0
4 Pflegemutter ganz	= 2	9 Adoption	= 0
5 Pflegemutter z.T.	= 0	10 Eltern	= 71
		11 Sozialamt	= 2

Wo ist das Kind jetzt?

1 Kindesmutter	= 67	7 Heim	= 10
2 Oma	= 4	8 Verwandte	= 0
3 gemeins.mit Oma	= 18	9 Adoption	= 0
4 Pflegemutter(ganz)=	1	10 Kindesvater	= 2
5 Pflegemutter z.T. =	1		
6 Kindergarten	= 5		

Wer sorgt dafür?

1 Kindesmutter	= 73	6 Kindergarten	= 1
1 a Kindesmutter + Sozialamt	= 15	7 Heim	= 2
2 Oma	= 2	8 Verwandte	= 0
3 gemeins.mit Oma	= 1	9 Eltern	= 3
4 Pflegemutter(ganz)=	0	9a Kindesvater	= 3
5 Pflegemutter z.T. =	1		

Verdienst vor der Schwängerung

- | | | | |
|---|------------------------|---|----|
| 1 | ausreichend | = | 47 |
| 2 | nicht ausreichend | = | 54 |
| 1 | 1 bis 500,- DM | = | 11 |
| 2 | bis 750,- DM | = | 21 |
| 3 | bis 1.000,- DM | = | 23 |
| 4 | über 1.000,- DM | = | 9 |
| 5 | hohes Einkommen | = | 0 |
| 6 | kein eigenes Einkommen | = | 0 |
| 7 | Fürsorge | = | 0 |
| 8 | Freund | = | 0 |
| 9 | Eltern sorgen | = | 0 |

Verdienst nach Geburt des Kindes

- | | | | |
|---|------------------------|---|----|
| 1 | ausreichend | = | 43 |
| 2 | nicht ausreichend | = | 57 |
| 1 | 1 bis 500,- DM | = | 11 |
| 2 | bis 750,- DM | = | 21 |
| 3 | bis 1.000,- DM | = | 41 |
| 4 | über 1.000,- DM | = | 23 |
| 5 | hohes Einkommen | = | 2 |
| 6 | kein eigenes Einkommen | = | 1 |
| 7 | Fürsorge | = | 1 |
| 8 | Freund | = | 0 |
| 9 | Eltern sorgen | = | 0 |

Bestrafung wegen Unterhaltsentzug?

- | | | | | | |
|------|---|----|--------|---|----|
| 1 ja | = | 26 | 2 nein | = | 65 |
|------|---|----|--------|---|----|

Schwängerer:

- | | | | |
|---|-----------------------|---|----|
| 1 | lange zusammen gelebt | = | 6 |
| 2 | lange befreundet | = | 8 |
| 3 | verlobt | = | 37 |
| 4 | verheiratet | = | 29 |
| 5 | kurze Verbindung | = | 19 |
| 6 | nicht bekannt | = | 0 |
| 7 | Freund der Familie | = | 0 |
| 8 | Verwandter | = | 0 |

Nach der Schwängerung:

1 verlassen	5
2 wollte selbst nicht mehr	6
3 andere geheiratet	0
4 sollte abtreiben	1
5 war schon verheiratet	9
6 trank	0
7 war mit ihm verheiratet	27
8 heiratete ihn	48
9 andere geheiratet	3

Schwängerer behauptete:

1 kein Geschlechtsverkehr	= 0
2 Mehrverkehr	= 11
3 ZU	= 0
4 Prostitution	= 2
5 kennt Kindesmutter nicht	= 1
6 Alkohol	= 1
7 andere Angaben	= 6

Beruf des Schwängerers:

1 ungelernter Arbeiter	= 10
2 angelernter Arbeiter	= 14
3 gelernter Arbeiter	= 22
4 Selbständiger	= 16
5 Kraftfahrer	= 10
6 Rentner/Invalide	= 0
7 arbeitslos	= 0
8 gehobener Dienst	= 0
9 Angestellter	= 14
9 a Beamter	= 9
9 b Soldat	= 5

mit 1941-1942

1 Deutscher	=	95	5 Spanier
2 Italiener	=	0	0 andere
3 Türke	=	0	7 andere Angaben
4 Jugoslave	=	0	

Hat Schwängerer Unterhalt bezahlt?

1 nie	26	5 regelmäßig	19
2 anfangs	4	6 will erst Klärung	7
3 gelegentl.	19		
4 auf Post- konto	8		

Gerichtsverfahren:

1 Unterhalt	17
2 Anfechtung	5
3 Feststellung	8
4 Unterhaltsentzug	0
5 Blutschande	0
6 Meineid	0
7 Verführung Minderjähriger	0

FORSCHUNGSVORHABEN UND UNTERSUCHUNGEN

ZUR SITUATION DER FRAU

1. Bundesministerium des Innern:

- " Das Bild der Mutter im deutschen Nachkriegsfil" (veröffentlicht in : Informationen für die Frau, Heft 11/1 1967).
- "Frau und Politik" (veröffentlicht in Fülles: Frauen in Partei und Parlament, Verlag Wissenschaft und Politik, 1969).
- "Die politische Rolle der Frau im Parlament" (nicht veröffentlicht)
- " Wahl von Frauen durch Frauen", Mehrthemenumfrage des EMNID- Institus.
- "Das Bild des Mädchens und der Frau in Schullesebüchern in der Bundesrepublik Deutschland" (veröffentlicht in Silbermann/Krüger: Abseits der Wirklichkeit - Das Frauenbild in deutschen Lesebüchern -, Verlag Wissenschaft und Politik, 1971).
- "Die sportliche Betätigung der Frau" (veröffentlicht in: Die Bedeutung der Vereine für die sportliche Betätigung der Frau; Hrsg.: Deutscher Sportbund - Bundesausschuß Frauensport, 1971).
- Untersuchung über das Frauenbild in den Massenmedien (geplant).

2. Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

- " Frauenarbeit und technischer Wandel " (Voruntersuchung läuft).

3. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

- Einstellung und Motivationen der in der Landwirtschaft tätigen Frauen zur Aus- und Weiterbildung.
 - Stand der Ausbildung der aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Frauen.
 - Probleme der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum und ihre Auswirkungen auf Bildungsbereitschaft und Bildungsmöglichkeiten der in der Landwirtschaft lebenden Frauen.
 - Einflußnahme, Auswirkungen und Inanspruchnahme von nichtlandwirtschaftlichen Beratungsstellen auf den Bereich der Landwirtschaft und Hauswirtschaft.
 - Einstellungen und Motive als Hemmfaktoren der Inanspruchnahme von Umschulungsmöglichkeiten der ledigen und verheirateten in der Landwirtschaft lebenden Frauen.
 - Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für die in der Landwirtschaft lebenden Frauen in nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren des ländlichen Raumes.
- (Diese Untersuchungen sind geplant.)

4. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

- "Zur Lebenssituation alleinstehender Frauen"; Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach; Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1970.
- "Berufliche Fortbildung und Wiedereingliederung von Arbeitnehmerinnen; Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach; Verlag W. Kohlhammer GmbH, 1969
- Forschungsauftrag "Leichtlohngruppen, ihre Tätigkeitsmerkmale und Eingruppierungspraxis".
(Voruntersuchung abgeschlossen).
- Experimentelle Untersuchungen zur Frage der Lärmgrenzwerte werdender Mütter (eingeleitet).

4. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Fortsetzung

- "Beschäftigungslage und optimaler Einsatz von Arbeits-
in Krankenanstalten" , Hrsg.: Bundesministerium für
Arbeit und Sozialordnung, 1970.
- Studie " Teilzeitarbeit " (Modelle für Teilzeit-
arbeitsmöglichkeiten - Zielgruppe Unternehmer -).
(Veröffentlichung wird vorbereitet).

5. Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen:

- Gutachtliche Empfehlung für die Erstellung eines
Service - Hauses.
- Untersuchung über die Errichtung eines Service-Hauses
hinsichtlich der daraus resultierenden wirtschaftlichen
Belastungen. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für
Städtebau und Wohnungswesen, Bd. 27, 1971).

6. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit:

- Studie " Junge Arbeiterinnen " von Prof. Dr. Walter Jaide
(Schriftenreihe der Jugendbehörde der Freien und Hanse-
stadt Hamburg, 1967).
- Untersuchung zum Thema " Notwendige Maßnahmen zur Sozi-
alisation junger Arbeiterinnen."
- Sonderbefragung zum Thema " Kleinstkind und Mutter"
(Teilnahme an Veranstaltungen der Ehe- und Familien-
bildung) (veröffentlicht).
- Erhebung über die wirtschaftliche Vorbereitung junger
Menschen auf die Eheschließung und die Auswirkungen der
erfolgten Eheschließung sowie die Geburt des ersten
Kindes auf die wirtschaftliche Situation der jungen
Familie. (Die wissenschaftliche Auswertung steht vor
dem Abschluß).
- Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten, die Voraus-
setzungen für die Leistung eines " Muttergeldes " klären
sollen.

6. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit:
Fortsetzung:

- Forschungsarbeit "Frauen nach der Lebensmitte" von Prof. Dr. Prill. (Anschlußuntersuchungen sind geplant). (Veröffentlicht).
- Sozialmedizinische Dokumentation "Frau und Gesundheit" (veröffentlicht).
- Forschungsarbeit "Entbindungsüberwachung und pränatale Kreislaufdiagnostik" von K. Sokol (Abschlußbericht liegt vor).
- Untersuchung "Zahl, Struktur und Nachwuchsbedarf der Ärzte" von Prof. Dr. Dr. Koller (abgeschlossen).
- Studie "Untersuchungen zum Problem des vorzeitigen Abgangs von Krankenpflegeschülerinnen" von Dr. M. Pinding (abgeschlossen).
- Umfrage über die Einstellung junger Mädchen und der Bevölkerung zum Krankenpflegeberuf (abgeschlossen).
- J. Bausenwein/ A. Hoffmann : Frau und Leibesübungen; Auswertung einer Umfrage; Gehörlosen - Druckerei und Verlag, Mülheim/ Ruhr, 1967.
- Expertise über die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern (Teil des Familienberichts 1972 der Bundesregierung - wird in Kürze veröffentlicht).
- Untersuchung über die Berufsmobilität im Pflegewesen (1970 (abgeschlossen)).
- P. Hülmann/ H. Kirchhoff u.a. : Gesundheit und Erwerbstätigkeit der Frau im mittleren Lebensalter, Gutachtliche Äußerungen; Bartmann - Verlag, Frechen, 2. Auflage 1968.
- Gutachten "Gesundheitliche Probleme der weiblichen Bevölkerung" (veröffentlicht 1969).

6. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Fortsetzung:

- Untersuchung über die Veränderung der psychischen Struktur der Mutter unter dem Einfluß der Mutterschaft (abgeschlossen).
- Umfrage " Zur Situation werdender Mütter " (abgeschlossen).
- Situationsanalyse und psychologische Leiststudie zum Thema " Die Aufgabe der Frau für die Gesundheit in Familie und Gesellschaft" (abgeschlossen).
- Sozialmedizinische Untersuchungen von Frauen im Alter von 45 - 55 Jahren (abgeschlossen).
- Untersuchung über Vorbeugeuntersuchungen für Mütter aus medizinischer Sicht (geplant).
- Forschungsauftrag zum Thema " Berufsabsichten und Motivationen für die berufliche Entscheidung bei Medizinstudenten und Assistenzärzten" (geplant).
- Untersuchungen zum künftigen Bedarf an Pflegekräften in Krankenanstalten (noch nicht abgeschlossen).
- Studie über neue Formen ärztlicher Kooperation in der außerklinischen Gesundheitsvorsorge (u. a. sollen Möglichkeiten einer verstärkten Einbeziehung von Ärztinnen untersucht werden) (geplant).

Quelle: Anhang 1 zur Drucksache VI/ 3689 des Deutschen Bundestages vom 1.8. 1972

Lebenslauf

Am 7.3.1936 wurde ich als erstes Kind des Landesbeamten Walter Bruhn und seiner Ehefrau Erna Bruhn, geb. Henk, in Stralsund in Pommern geboren. Meine Schulzeit begann ich 1942 in der Volksschule in Stralsund und beendete sie hier nach mehrmaligem Schulwechsel infolge der Kriegsereignisse (Schulbesuch in Stettin, Posen und Binz auf Rügen) 1955 mit dem Abitur.

Im Herbst 1955 mußte ich die DDR illegal verlassen. In West-Berlin wiederholte ich nach einem weiteren Schuljahr die Reifeprüfung und studierte anschließend in Göttingen Humanmedizin. 1964 schloß ich das Medizinstudium mit dem Staatsexamen ab (Note: Gut). Als Medizinalassistentin arbeitete ich 2 Jahre lang in Frankfurt-Langen und in Emden, Ostfriesland. Anschließend war ich 1 Jahr lang als Assistentin am Pathologischen Institut im Zentralkrankenhaus in Bremen beschäftigt. 1967 bis 1970 machte ich aus familiären Gründen Praxisvertretungen. 1971 bis 1973 war ich dann als Assistenzärztin für Psychiatrie/Neurologie und Innere Medizin an den Städt. Krankenanstalten Delmenhorst beschäftigt. Seit 1974 bin ich als Ärztin im Staatl. Gesundheitsamt in Delmenhorst tätig. Inzwischen besuchte ich von Oktober 1976 bis April 1977 die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, um das Amtsarztexamen abzulegen.

Delmenhorst, den 26.5.1977

